

„Unsere Aufgabe ist es nicht, BEM in Deutschland oder der Schweiz zu kopieren, sondern zu kopieren und dann auf Österreich zu adaptieren.“
(Seite 3)

AK-Präsident
Hubert
Hämmerle



AK fordert Kostenbremse beim Wohnbau im Land

Seiten 6/7



Unglaubliche Stimmung im Rankler Vinommasaal – über 900 Bedienstete aus dem privaten Sozial- und Pflegedienst forderten unter tosendem Beifall faire Gehälter.

Seiten 12

Aus dem Inhalt

GPA-djp-Jugend will „Bildungskonto Neu“

Weiterbilden soll für junge Arbeitnehmer leistbarer werden. Daher fordert die GPA-djp mehr Unterstützung – ohne Schulden oder Knebelvertrag.

Seite 4

Bespitzelung am Arbeitsplatz

Die EU will mit einer neuen Verordnung dem Ausspionieren der eigenen Beschäftigten einen wirksamen Riegel vorschieben.

Seite 5

Drucker im VKI-Test: Epson gewinnt

Multifunktionsgeräte sowie Tintenstrahldrucker werden immer schneller. Die Kopierfunktion bleibt aber Schwachstelle.

Seite 8

Mogelpackung: Teures Osterei von m&m's

Für ein halb leeres Plastikosterei bezahlte eine Konsumentin fast den doppelten Preis.

Seite 9

Streit um Statistik der Unterrichtsministerin

Claudia Schmid präsentierte eine Statistik zur Ganztagesbetreuung, Vorarlberg belegte dabei einen Spitzenplatz, was für Verwunderung sorgte.

Seite 10

Abo der „Ländle Gemüsebox“ gewinnen

Ihre Meinung wird belohnt: Unter allen Leserreaktionen verlost die AKtion ein Abo der „Ländle Gemüsebox“.



Seite 12

Steuern sparen

Holen Sie sich Ihr Geld vom Finanzamt zurück. In der AK-Broschüre „Steuern sparen“ für das Jahr 2012 haben wir das Wichtigste für Sie zusammengefasst. Bestellen Sie die „Checklisten zur Arbeitnehmeranmeldung“ gleich mit! Sie helfen Ihnen beim Ausfüllen der Formulare fürs Finanzamt.



Telefon 050/258-8000,
bestellen@ak-vorarlberg.at

Handel: AK warnt vor Betrug mit Paysafe

Betrüger rufen in Handelsbetrieben an und überreden Mitarbeiter zur Bekanntgabe von Paysafe-Codes. Mehreren tausend Euro Schaden folgt die Frage nach der Haftung.

Nach zwei Betrugsfällen mit einem Schaden von zusammen über 6000 Euro mahnt die AK Vorarlberg zu erhöhter Vorsicht im Umgang mit so genannten Paysafe-Karten, mit denen

ein Guthaben für den Online-Handel erworben wird. Unbekannte Täter hatten Angestellten von Handelsbetrieben per Telefon Codes dieser Karten entlockt. Kaum waren sie im Besitz der Daten, wurde auch schon der Wert abgebucht.

Komplizierte Haftungsfrage

Für die betroffenen Bediensteten könnte die Sache heikel werden. „Es wird

im Einzelfall geklärt werden müssen, wer wie haftet“, sagt dazu die Leiterin der AK-Rechtsabteilung Dr. Brigitte Hutterer. In einem Fall hatte sich der Betrüger als Mitarbeiter „der Zentrale“ ausgegeben. Die betroffene Arbeitnehmerin hegte keinen Verdacht, dass es sich um eine Betrügerei handeln könnte, dennoch soll sie nun für den gesamten Schaden aufkommen.

Die Rechtsberater der AK Vorarlberg warnen jedenfalls eindringlich davor, solche Daten ungeprüft am Telefon herauszugeben. Unter Umständen wird der Dienstnehmer schadenersatzpflichtig und bleibt dann auf dem in manchen Fällen erheblichen finanziellen Schaden sitzen.

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice
Tel. 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrlinge/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frauen – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „In Sachen Lehrausbildung sind wir spitze“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in kaum einer Frage gibt es im Lande mehr Geschlossenheit und Einvernehmen als in der dualen Ausbildung. Lehrlinge sind für unsere Wirtschaft ein wichtiges Rückgrat. Mittels der dualen Ausbildung erreichen wir im Handwerk, Gewerbe, Handel und in der industriellen Produktion eine Position, um die uns unsere Mitbewerber beneiden. Deshalb investieren viele Betriebe in die Ausbildung der Lehrlinge. Das hilft auch der öffentlichen Hand, weil dadurch das europäische Phänomen der Jugendarbeitslosigkeit bei uns gar nicht richtig aufkommen kann. Im Gegensatz dazu verlieren

südeuropäische Länder wie Spanien und Griechenland oder zum Teil auch Italien große Teile ihrer jungen Generation auf dem Weg von der Schule ins Berufsleben. Diese erschreckende Perspektive stellt sich für unsere Jugend nicht. Auch deshalb, weil Konsens über die Bedeutung der beruflichen Erstausbildung zwischen Wirtschaft, Politik und Arbeitnehmervertretern besteht. Auch wenn zuweilen seltsame Querschnitte aus Wien kommen, wie jüngst vom Wirtschaftsbundgeneralsekretär, dem die überbetrieblichen Lehrwerkstätten zu teuer sind. Er hat wohl noch nicht mitbekommen, dass die überbetrieblichen Lehrwerkstätten genau für jene Jugendlichen benötigt werden, die in der Wirtschaft

keinen Ausbildungsplatz finden können. Umso erfreulicher ist der jüngste Vorstoß der Vorarlberger Wirtschaftskammer beim Sozialpartnertreffen im Lande. Er zielt darauf ab, bei den überbetrieblichen Lehrwerkstätten zusätzlich pro Jahr 40 Ausbildungsplätze einzurichten. Dort sollen Jugendliche mit Teilleistungsschwächen gezielt auf einen vorgesehenen Lehrausbildungsplatz in der freien Wirtschaft vorbereitet werden. Das ist gut so und wird sowohl vom Land wie auch dem AMS finanziell unterstützt. Unabdingbar ist trotzdem oder gerade wegen des breiten Konsens die ständige Weiterentwicklung der dualen Ausbildung. Mehr Qualität in der Ausbildung ist angesichts der hohen An-

forderungen in der Arbeitswelt ein Gebot der Stunde. Wer wettbewerbsfähig bleiben will – und wir alle wollen, dass unsere Betriebe das sind – muss laufend investieren. In neue Maschinen und Technologien ebenso, wie in die Menschen, die sie bedienen. Die höchste Produktivität wird dann erreicht, wenn durch intelligente Arbeitsorganisation moderne Produktionseinrichtungen von qualifizierten Mitarbeitern bedient werden. Das können wir, da sind wir richtig gut. Deshalb ist auch jede Investition in die berufliche Erstausbildung und später in die Weiterbildung richtig und wichtig.

„Unsere heutigen Lehrlinge sind die Wettbewerbsfähigkeit von morgen.“

AK-Direktor Rainer Keckeis

Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leser, wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Das Abo der „Ländle Gemüsekiste“ im Wert von rund 150 Euro aus der letzten AKtion hat Frau Irene Moosmann aus Fußach gewonnen.

Wir gratulieren und wünschen viel Spaß!

Leserforum

Nachteile in der Pflegefreistellung

Aktion März 2013: Neuerungen in der Pflegefreistellung

Ich habe mit viel Freude die Neuregelung der Pflegefreistellung gelesen. Es hat viel Positives hervorgebracht. Nur leider hat es noch immer einen Nachteil für teilzeitarbeitende Mütter/Väter. Man erhält nach wie vor nur die Stunden, für wieviel Prozent man angestellt ist pro Tag. Ist man zum Beispiel 50 Prozent angestellt, erhält man für einen Arbeitstag, der acht Stunden hat, nur vier Stunden Pflegefreistellung. Da ich im Spital arbeite, also auch manchmal

zwölf Stunden Dienste habe, würde ich nur sechs Stunden anstatt zwölf Stunden erhalten. Also nimmt meist mein Mann Pflegeurlaub, da er 100 Prozent arbeitet, obwohl ja bekanntlich für ein krankes Kind meist die Mama wichtiger ist. Somit kann man nie den ganzen Pflegeurlaub nehmen (sollte man ihn brauchen, was wir nicht hoffen), dann würde ich mich ja beschreiben. Wobei man manchmal doch in den sauren Apfel beißen muss und auf die Stunden verzichtet – dem Kind zuliebe. Vielleicht wäre das ja mal eine Überlegung wert, um etwas daran zu ändern.

Heike Gelbmann-Fasching

„Lassen Sie sich nicht in die Irre führen“

Aktion April 2013: Der „Trinkwasser-Schmäh“ mit dem Magneten

Wieder einmal beweist die Arbeiterkammer, dass sie nicht nur die Konsumenten aufklärt sondern den Betroffenen nötigenfalls rechtlich zur Seite steht. Im gegebenen Fall müsste jeder in die Falle Getappte schon beim Angebot hellhörig geworden sein. Allein der Preisunterschied von von 490 bis 5988 Euro müsste zum Nachdenken anregen. Entweder ist das angebotene Gerät um 490 Euro nicht effizient oder jenes um 5988 viel zu teuer. Zudem sind Anrufe und Werbeprospekte solcher Unternehmen nicht nur lästig, sondern auch im Grenzbereich des gesetzlich Erlaubten. Lassen Sie sich also nicht in die Irre führen und vertrauen sie heimischen Unternehmen und nicht irgendwelchen Blendern, welche – wenn sie Ihnen das Geld aus der Tasche gezogen haben – wieder schnell von der Bildfläche verschwinden.

Thomas Koschat, Dalaas

Dass mit unserem Trinkwasser ein Geschäft mit dem „Trinkwasser-Schmäh“ gemacht werden möchte, wird es immer geben. Gott sei Dank haben wir hier in Vorarlberg so ein gutes Trinkwasser und können es bedenkenlos aus dem Wasserhahn trinken. Das merkt man erst, wenn es zum Beispiel im Urlaub nicht so ist und das Wasser immer in Flaschen gekauft werden muss. Ich hoffe, das gute Wasser bleibt uns noch sehr lange erhalten!

Dagmar Rudolph, Hard

Rarität: Leistbare Mietwohnung

Aktion März 2013: Wohnen muss wieder leistbar werden!

Eine leistbare Mietwohnung für den Normalverbraucher zu finden ist eine Rarität. Ist eine Wohnung wirklich so

ein Luxus? Vermieter, steigt etwas von der hohen Leiter herab und lasst den normalsituierten Verbraucher auch leben. Warum müssen die Menschen denn in allem so ausgenommen werden? Denkt darüber mal nach!

Jertraud Six, Bludesch-Gais

„Der Konsument wird für blöd verkauft“

Aktion April 2013: AK deckt auf: Teure Luft und andere Mogeleyen Viel Luft und nichts darin. Der Konsument wird immer mehr für blöd verkauft. Entweder man kauft leere Luft oder falsch deklariertes Pferdefleisch. Wie kann der Kunde hier der Lebensmittelindustrie noch vertrauen. Hoffentlich bewirken diese Lebensmittelskandale ein Umdenken im Konsumverhalten der Menschen. Frische Ware, regional und so wenig Verpackung wie möglich ist die Lösung. Abgesehen davon, dass ich mir den ganzen zusätzlichen Abfall erspare, kocht man mehr frisch und gesund. Denn bei den Mogelpackungen handelt es sich meistens um Fertigprodukte. Hol ich mir meine Eier immer im selben Karton beim Bauern und mein Gemüse frisch und lose im Bioladen, tu ich nicht nur mir etwas Gutes, sondern auch der Umwelt. Ich hoffe, dass durch die Aktionen der AK und des VKI Menschen aufmerksamer und bewusster Lebensmittel einkaufen.

Isabell Bickel, Bürs

Bessere Entlohnung für das Wohl der Kinder

Aktion April 2013: Bessere Chancen und mehr Lohn für „Kindi“-Personal Alle, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, müssen doch froh sein, wenn sich gut ausgebildetes und motiviertes Kindergartenpersonal um das Wohl unserer Kinder bemüht. Ich habe selber zwei Kinder, die in einer

hervorragenden Kindergarteneinrichtung bestens betreut werden beziehungsweise wurden. Mir ist deshalb wichtig, dass eine ansprechende Entlohnung und eine ständige Weiterbildung stattfindet. Wahrscheinlich wäre das Lohnniveau bedeutend besser, wenn es mehr Kindergartenonkel statt -tanten geben würde.

Christine Endrich, Weiler

Kindergartenpädagoginnen sollten gewürdigt und dementsprechend auch bezahlt werden, da sie das Fundament bieten für die weitere schulische Entwicklung unserer Kinder. Das ist eine ganz wichtige Berufsklasse!

Manuela Moritsch

Ich finde es total ungerechtfertigt, dass eine Kindergartenpädagogin gegenüber einer Gemeindebediensteten mit Matura enorm weniger verdienen soll. An eine Kindergartenpädagogin werden wesentlich mehr Anforderungen gestellt. Wenn man bedenkt, dass dieser Berufszweig ganz entscheidend dazu beiträgt, dass die Kinder frühzeitig wichtige Grundlagen für das spätere Leben mitbekommen, ist eine entsprechende Entlohnung mehr als gerechtfertigt – zumindest in der Höhe einer Büro-Gemeindebediensteten mit Matura.

Stefanie Ludescher, Rankweil

@ Haben auch Sie etwas zu sagen? Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift: leserbeif@ak-vorarlberg.at



Feldkircherin gewinnt Brunch auf Lisilis Biohof

Große Freude bei Mailin Wachter. Die Feldkircherin hat den Hauptpreis beim großen Messequiz der AK Vorarlberg gewonnen: Ein Brunch auf Lisilis Biohof in Meiningen für 30 Personen. „Das kommt gerade recht“, meint Wachter: „Ich feier im Sommer nämlich meinen 30. Geburtstag.“ Dazu gratulierte auch AK-Präsident Hubert Hämmerle bei der Gutscheineübergabe herzlich. Die beiden Abos der „Ländle Gemüsekiste“ haben Marjolein Blok aus Dornbirn und Monika Nussbaumer aus Sulzberg gewonnen. Je ein Zeitschriftenabo vom „Konsument“ haben gewonnen: Arnold Tschofen, Bernhard Sutter, Daniela Lentsch, Ilse Samman, Karin Trommelschläger, Mario Rothmund, Nina Albrecht, Sabine Gau, Simon Winder und Yanick Kleber. Die AK-Rucksäcke gehen an: Birgit Haselwanter, Helga Ritter, Karin Schrottenbaum, Nelda Rohner, Patricia Gstrein sowie Werner Enzenhofer. Und die Sporttaschen erhalten: Christine Stüttler-Gut, Kilian Heisig, Leopold Golob, Ludger Algaier, Stefan Bolter und Werner Bickel. Wir gratulieren herzlich!

Impressum



Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, presse@ak-vorarlberg.at

Offenlegung gemäß § 25 Medien-gesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/ impressum.htm

Redaktionsleitung: Dietmar Brunner, Stephanie Scherrer

Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, Dietmar Mathis, Joachim Schwald, Jürgen Gorbach, Stephanie Scherrer, Fotolia, Stiftung Warentest

Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.





Enormes Interesse und deshalb bis auf den letzten Sitzplatz gefüllt: Vinommasaal bei der Begrüßung der Teilnehmer an der BEM-Fachtagung durch AK-Direktor Keckeis.

BEM führt zum erfolgreichen Weg zurück ins Arbeitsleben

Unser System kennt nur Schwarz oder weiß: 100 Prozent arbeitsfähig oder 100 Prozent krank. Dabei wäre für Langzeitkranke eine gezielte sanfte Rückkehr in den Arbeitsprozess oft die willkommene Alternative. Die erste österreichweite BEM-Fachtagung zeigte dazu Wege auf.

BEM steht für Betriebliches Eingliederungsmanagement (siehe Kasten). Die BEM-Fachtagung in Rankweil veranstaltete die AK Voralberg in Kooperation mit der Fachhochschule Nordwestschweiz. Denn die Schweiz ist eines der Länder, die bereits sehr positive Erfahrungen mit dem Modell sammeln. „Für jeden Franken Investition in BEM verhindern wir 7sieben Franken an Lohnverlust“, schnitt Dr. Urban Studer vom Kompetenzzentrum Gesundheitsmanagement bei den SBB die finanzielle Seite an. Neben der Unterstützung in konkreten Fällen ist

BEM auch präventiv“, betont FH-Professor Dr. Thomas Geisen. Mit jedem Tag Krankenstand stiegen die Kosten für die Reintegration, je früher eine Rückkehr ermöglicht wird, umso besser.

Freiwillige Arbeitsversuche
Das setzt grundsätzlich Leistungsfähigkeit voraus. Das BEM-Modell, wie es AK-Präsident Hubert Hämmerle vertritt, ermöglicht Arbeitsversuche während des Krankenstands. Langzeitkranke könnten zum Beispiel stundenweise wieder zu arbeiten beginnen – natürlich nur mit dem Okay eines Arztes, wenn Betroffener und Arbeitgeber damit einverstanden sind und der Betroffene jederzeit „Stopp!“ sagen kann.

Erfolgreiche Beispiele
Die positiven Folgen von gezieltem Eingliederungsmanagement belegen verschiedene Beispiele aus dem Ausland. Endet ein Langzeitkrankenstand

Betriebliches Eingliederungsmanagement

- Beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) handelt es sich um eine Interventions- und Präventionsstrategie in Unternehmen. Es stellt einen proaktiven Prozess dar.
- Es hat sich in den vergangenen Jahren als Handlungsansatz etabliert. Mit unterschiedlichen Maßnahmen und Konzepten versuchen Betriebe erkrankte und verunfallte Beschäftigte so zu unterstützen, dass die Wiedereingliederung in den beruflichen Alltag verbessert oder überhaupt ermöglicht wird.
- Im internationalen Kontext wird BEM auch als Disability Management bezeichnet.

sonst sehr oft in der Trennung, „haben wir durch BEM 90 Prozent der Kündigungen vom Tisch gebracht“, berichtete Bernhard Grunewald, langjähriger Belegschaftsvertrauensmann bei Opel. Oder: „50 Prozent der Mitarbeiter kehren an ihre alte Stelle zurück, zehn Prozent an andere Arbeitsplätze im Unternehmen“, so SBB-Mann Studer. „Leistungsfähige Mitarbeiter sind eine der wichtigsten Unternehmensressourcen“, unterstrich Stefan Kessler,

Schweizer Experte für Gesundheitsförderung, die Bereitschaft auf Arbeitgeberseite, BEM umzusetzen.

Interesse der Betroffenen
AK-Präsident Hämmerle kennt das Interesse, das viele betroffene Arbeitnehmer haben: „So wollen acht von zehn psychisch Erkrankten (mehr als die Hälfte der Neuzugänge bei der Invaliditätspension) wieder ins Berufsleben zurück.“

„Gesund und qualifiziert älter werden. Altersmanagement ist wichtig. BEM ist eines von sechs wichtigen Schlüsselementen bei diesem Thema.“



Bernhard Grunewald, Belegschaftsvertrauensperson bei Adam Opel AG

„Das Expertenwissen der Sozialversicherungen muss zusammengeführt werden.“

Bernhard Grunewald

„Es geht um recht viel Geld und um Kernressourcen. Argument drei: Es funktioniert!“



Stefan Kessler, Schweizer Experte für Gesundheitsförderung

„Alles was hier gesagt wurde, ist umsetzbar!“

Manfred Rein, Wirtschaftskammer-Präsident

„Wichtigste Zielgruppe für BEM sind die Vorgesetzten.“

Prof. Dr. Thomas Geisen, Hochschule für Soziale Arbeit Schweiz

„Es gibt zwei Jahre lang Anspruch auf eine Zeit des Versuchs, des Ausprobierens. Der ursprüngliche Chef bleibt bis zur Lösung des Falls in der Verantwortung.“

Dr. Urban Studer, Kompetenzzentrum Betriebliches Gesundheitsmanagement der SBB

„Deutschland hat seit 2004 eine verbindliche gesetzliche Regelung.“



Dipl. Verw. Walter Pohl, Arbeitswissenschaftler

„Es ist dezidiert kein Teilkrankenstand!“

AK-Präsident Hubert Hämmerle setzt sich dafür ein, das in anderen Staaten bewährte Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) zu etablieren. Sozialminister Rudolf Hundstorfer übergab er bei der BEM-Fachtagung ein Grundsatzpapier.

„Wir brauchen praxistaugliche Systeme, die Menschen nach längerer Krankheit oder nach einem Unfall auffangen und erfolgsversprechend wieder in den Arbeitsmarkt zurückbringen“, fordert Hämmerle. Das nun österreichweit eingeführte Beratungsangebot von ‚fit2work‘ sei gut, „es braucht ergänzend aber auch einen betrieblichen Ansatz wie das BEM.“

Freiwilligkeit betont

Das betriebliche Eingliederungsmanagement ist auf Freiwilligkeit aller Beteiligten aufgebaut, betont Hämmerle: „BEM ist dezidiert kein Teilkrankenstand. Es geht darum, mit Betrieblichem Eingliederungsmanagement im Rahmen des Krankenstandes

Arbeitsversuche zu ermöglichen. Und zwar in dem Ausmaß, wie es vom genesenden Menschen tatsächlich und realistisch erbracht werden kann. Dies ermöglicht einen wesentlich gleitenderen Übergang zurück in die Arbeitswelt und verspricht deshalb wesentlich höhere Erfolgsaussichten als andere Modelle.“ Beispielsweise jene Modelle, wo die Rückkehr in den Arbeitsprozess zwar auch stufenweise über eine prozentuelle Arbeitszeit, beispielsweise 30 oder 50 Prozent, erfolgt. Die Arbeit wird aber nicht im Rahmen eines Entgeltbezugs sondern durch einen fortlaufenden Krankengeldbezug abgegolten. Dies deshalb, weil die Betroffenen sonst auch in der reduzierten Arbeitszeit sofort wieder 100 Prozent Leistung bringen müssten.

In Voralberg, erklärte AK-Präsident Hämmerle dem Sozialminister, sind sich Sozialpartner und Land über Betriebliches Eingliederungsmanagement einig. „Dass die Maßnahme funktioniert, zeigen uns die Erfahrungen aus Deutschland und aus der Schweiz.“



AK-Präsident Hämmerle gab Hundstorfer BEM-Grundsatzpapier mit nach Wien.

Interview mit dem Sozialminister

Leithammel gesucht

Herr Minister, was passiert mit dem BEM-Forderungspapier?
Rudolf Hundstorfer: Zuerst einmal klären wir es legislativ ab, dann treten wir in den Dialog mit den Sozialpartnern. Hier im Land wurde es diskutiert, was super ist, jetzt geht's in die nächste Ebene.

Wo wird es die größten Widerstände geben?

Die Krankenkassen sagen natürlich: Warum müssen wir das zahlen? Es wird auch ein Problem mit dem ÖGB geben. Nicht hier regional, aber wahrscheinlich auf Bundesebene.

Glauben Sie, dass die Unternehmen soweit sind mitzuziehen?

Die Leithammel immer. Wir brauchen große oder mittelgroße Betriebe, die vorangehen und sagen: Uns ist es das wert.

Wie schätzen Sie als Politprofi die Umsetzungschancen ein?

Nach der Nationalratswahl im Herbst schaut die Welt wieder anders aus. Bis dahin können wir den Boden aufbereiten.

Lehrlingstipp

Mehr Geld bei Volljährigkeit?



Marcus Mayer

Michaela ist bereits 21 Jahre alt und möchte doch noch eine Berufsausbildung beginnen. Sie hat auch schon eine Lehrstelle als Blumenbinde-lerin und -händlerin (Floristin) gefunden. Bei der Lehrlings- und Jugendabteilung erkundigt sie sich, ob sie aufgrund dessen, dass sie bereits volljährig ist, eine höhere Lehrlingsentschädigung erhält. Sie bekommt folgende Auskunft: Es gibt prinzipiell keine gesetzliche Regelung, die vorsieht, dass volljährige Personen Anspruch auf eine höhere Lehrlingsentschädigung haben. Einzelne Kollektivverträge, wie etwa der Kollektivvertrag für das Baugewerbe (bei Eintritt nach Vollendung des 18. Lebensjahres) oder der Kollektivvertrag für das Holzverarbeitende Gewerbe (bei Eintritt nach Vollendung des 20. Lebensjahres) sehen allerdings erhöhte Lehrlingsentschädigungen für solche Personen vor. Der für Michaelas Lehrverhältnis relevante Kollektivvertrag für Floristen und Blumeneinzelhändler enthält allerdings keine derartige Vereinbarung. Dies bedeutet, dass Michaela die normale Lehrlingsentschädigung gemäß Kollektivvertrag erhalten wird. Zu empfehlen ist ihr allerdings, vor Abschluss des Lehrvertrages Rücksprache mit dem Arbeitsmarktservice zu halten, ob aufgrund ihres Alters etwaige Fördermaßnahmen infrage kommen.

Informationen und Beratung: www.akbasics.at

Schüler besuchen die AK-Vorarlberg

Wieder hatte die AK Feldkirch Besuch von vielen Schülern sowie ihrer Lehrer. Dabei wurden ihnen vom Leiter der Jugend- und Lehrlingsabteilung, Mag. Marcus Mayer, die zahlreichen Serviceleistungen sowie der Aufbau und die Struktur der Arbeiterkammer erläutert.



Die Berufsschüler der Stiftung Jupident zu Besuch in der AK in Feldkirch.



Die Schüler der Klasse 1a der Handelsakademie Feldkirch.

Gastro Kit

Du musst ein Pflichtpraktikum im Hotel- und Gastgewerbe absolvieren? In der AK-Broschüre „gastro kit“ findest du alles, was du über das Praktikum wissen solltest: über deine Entlohnung, deine Unterkunft und Verpflegung sowie deine Arbeitszeiten. Jetzt bestellen!



Telefon 050/258-8000, bestellen@ak-vorarlberg.at



Die GPA-djp-Jugend Vorarlberg setzt sich für das „Bildungskonto Neu“ ein: Während der Lehrzeit sparen Jugendliche und Trägerorganisation für die Weiterbildung.

Leichter Zugang zu Bildung für junge Arbeitnehmer gefordert

Leistbare Weiterbildung für junge Arbeitnehmer – das wünscht sich die Vorarlberger Jugend der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp). Sie fordert nun das „Bildungskonto Neu“.

Die Einstellung zur Bildung hat sich verändert. Heute bildet man sich nicht mehr nur aus, sondern immer weiter. Problematisch an der Weiterbildung sind jedoch der hohe Zeit- und vor allem Kostenaufwand, der gedeckt werden muss. Vor allem junge Arbeitnehmer oder Lehrlinge werden dadurch eher abgeschreckt. Das Ergebnis: Nur eine eingeschränkte Gruppe leistet sich beziehungsweise kann sich eine Weiterbildung leisten.

Ein Beispiel: Möchte ein Metalltechniker nach seinem Lehrabschluss die Meisterprüfung ablegen, muss er rund 4150 Euro aufwenden. „In der Regel verfügen aber die wenigsten jungen Arbeitnehmer zu der Zeit über so viel Geld“, betont Manuel Metzler, Regionaljugendsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck,

Journalismus, Papier (GPA-djp) für Vorarlberg.

Hohes finanzielles Risiko

Natürlich gibt es diverse Fördermaßnahmen, welche man in Anspruch nehmen kann. Auch viele Betriebe sind bereit, die Kosten für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu übernehmen. Allerdings müssen einige Nachteile abgewogen werden: So gestaltet sich die Antragstellung in der Regel als relativ kompliziert. Zudem kann die Anfrage in den meisten Fällen erst im Nachhinein eingereicht werden. Für den Weiterbildungswilligen bedeutet das ein hohes Risiko. Zum einen muss er das Geld trotzdem aufwenden können, zum anderen ist nicht gewährleistet, dass er die Förderung überhaupt bekommt, da nur bestimmte berufsnahe Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden. „Unsere Meinung ist: Man kann heute nicht mehr differenzieren, ob man eine Weiterbildung für einen Job braucht oder

nicht. Ein Antistresskurs beispielsweise kann sehr wohl Auswirkungen auf das Arbeitsleben haben“, erläutert Metzler.

Schulden oder Knebelvertrag

Wird dem jungen Arbeitnehmer die Förderung zugesprochen, erhält er ein Drittel der Weiterbildungskosten zurückerstattet. Er bleibt somit aber auf

vorzeitig kündigen, muss er die Schulungskosten aliquot übernehmen.

Gegen den Fachkräftemangel

„Wir möchten jungen Arbeitnehmern den Zugang zu Weiterbildung erleichtern – ohne Schulden oder Knebelvertrag“, fordert der Regionaljugendsekretär. Die Lösung: das „Bildungskonto Neu“. Zu Beginn der Lehre könnte sich der Lehrling ein Konto einrichten, auf das er monatlich einen gewissen Betrag überweist. Jeder Euro, der eingezahlt wird, würde von Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, AMS sowie dem Land Vorarlberg verdoppelt. Bis zum Ende der Lehrzeit könnte sich der Auszubildende so das Geld für die spätere Weiterbildung ansparen.

Die Vorteile: Zum einen würde sich die Förderung selbst refinanzieren, da besser qualifizierte Arbeitnehmer mehr verdienen und somit die Steuerkraft steigt. Zum anderen würde sich dem Fachkräftemangel entgegenwirken.



„Wir möchten jungen Arbeitnehmern den Zugang zu Weiterbildung erleichtern – ohne Schulden oder Knebelvertrag.“

GPA-djp Regionaljugendsekretär Manuel Metzler

dem Großteil der Kosten sitzen. Das heißt, entweder macht er bereits in jungen Jahren Schulden oder er lässt sich möglicherweise auf einen Knebelvertrag mit seinem Betrieb ein. Sprich: Der Arbeitgeber übernimmt die Weiterbildungskosten, dafür verpflichtet sich der Arbeitnehmer eine gewisse Zeitspanne von mehreren Monaten oder gar Jahren im Betrieb zu bleiben. Will er das Arbeitsverhältnis jedoch

Die Lehrlings- und Jugendberater in deiner Nähe

Kenne deine Rechte – lass dich beraten!

Als Lehrling hast du nichts zu melden? Irrtum! Auch du hast Rechte. Die AK-Lehrlings- und Jugendabteilung berät dich gern.

- Probleme mit dem Vorgesetzten/ Ausbilder
- Auflösung von Lehrverträgen
- Lehrabschlussprüfung und Behaltspflicht

Weil der Weg zur AK-Geschäftsstelle nach Feldkirch sehr weit sein kann, kommen unsere Referenten zu dir. Regelmäßig stehen sie dir in den aha-Filialen in Bregenz, Dornbirn und Bludenz für Beratungsgespräche zur Verfügung. Auch in den Berufsschulen Dornbirn 1 und Feldkirch beraten dich die Referenten gern. Der Service ist selbstverständlich anonym und völlig kostenlos für dich – also komm vorbei!

Unser Angebot

Wir beraten dich zu den Themen:

- Arbeitszeit und Überstunden
- Überprüfung der Lehrlingsentschädigung
- Urlaub und Sonderzahlungen
- Berufsbilder und Ausbildung im Betrieb

Termine Sprechstunden

aha Bludenz, Wichnerstraße 2
13. Mai 2013
10. Juni 2013

aha Bregenz, Belruptstraße 1
6. Mai 2013
3. Juni 2013

aha Dornbirn, Poststraße 1
27. Mai 2013
17. Juni 2013

Landesberufsschule Feldkirch, jeweils von 11 bis 13 Uhr
13. Mai 2013
14. Mai 2013
15. Mai 2013
16. Mai 2013



Jugendliche eröffneten ihr eigenes Restaurant

Ein Treffpunkt für jedermann – das soll das „Eichamt“ in Bludenz werden. Bereits am 12. April durften die Jugendlichen der Catering-/Gastrowerkstatt der Werkzeit ein breites Publikum begrüßen. Neben Vertretern der Stadt Bludenz, vom Land Vorarlberg, vom Arbeitsmarktservice, der Wirtschafts- und der Arbeiterkammer mischte sich auch Schauspieler Harald Krassnitzer unter die Gäste. Sein Spruch „Können ist Macht“, den er an eine Wand im „Eichamt“ sprühte, soll die jungen Gastronomen auf ihrem Weg begleiten. Am 15. April startete das Restaurant seinen regulären Betrieb. Von Montag bis Samstag können sich die Gäste von den Jugendlichen unter der Leitung von Chefkoch Dalibor Kocic kulinarisch verwöhnen lassen.

Café/Restaurant Eichamt, Platz Borgo Valsugana 1, 9700 Bludenz, Telefon 05552/669 68, eichamt@werk-zeit.at, www.eichamt.com

Rekordzahl von mehr als 3000 Änderungsanträgen zur neuen Datenschutz-Grundverordnung eingebracht

Die EU will das Ausspionieren der Mitarbeiter verhindern

Videüberwachung von Beschäftigten oder auch das Mitlesen von E-Mails – die EU plant eine Verordnung, die Persönlichkeitsrechte von Arbeitnehmern besser schützen soll. Unter Strafe gestellt werden sollen auch so genannte „Schwarze Listen“.

Der Beschäftigungsausschuss des EU-Parlaments hat sich im Rahmen der geplanten EU-Datenschutzverordnung für ein Verbot der heimlichen Überwachung am Arbeitsplatz ausgesprochen. Bei dieser Verordnung soll geregelt werden, was der Arbeitgeber darf und was nicht (zum Beispiel mitlesen von E-Mails durch den Chef oder Verwendung personenbezogener Daten zur Leistungskontrolle) und wie man die Rechte von Beschäftigten beim betrieblichen Datenschutz stärken kann.

„Es darf nicht sein, dass in Europa die Daten von Beschäftigten ohne deren Wissen erhoben und verarbeitet werden“, fordert eine Mehrheit der Europaabgeordneten in der Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses. Das gilt insbesondere für die Videoüberwachung in sensiblen Bereichen

wie Umkleidekabinen, Badezimmern, Toiletten und Ruheräumen. Wenn aus Sicherheitsgründen in bestimmten Betrieben eine Überwachung notwendig ist, so müssen die Beschäftigten über Dauer, Ort und Umfang informiert sein. Bei öffentlich zugänglichen Bereichen muss eine eventuelle Videoüberwachung klar sichtbar gekennzeichnet sein.

Besonders wichtig ist den Abgeordneten das Verbot des so genannten „Blacklistings“. Dies sind Listen von unliebsamen Mitarbeitern, die ein Unternehmen erstellt, weil Arbeitnehmer gewerkschaftlich aktiv oder auf andere Weise unliebsam sind. Wenn Unternehmen diese Listen untereinander austauschen, haben Betroffene kaum noch eine Chance, eine neue Stelle in dieser Branche zu finden.

Eigene Datenschutzbeauftragte

Neu geregelt werden soll auch, dass in Unternehmen verpflichtend ein Datenschutzbeauftragter ernannt wird, wobei der Beschäftigungsausschuss niedrigere Hürden fordert. So soll es einen Datenschutzbeauftragten bereits in Unter-

nehmen geben, die pro Jahr Daten von mehr als 250 Personen – also Mitarbeitern, aber auch Kunden, etc. – verarbeiten. Datenschutzbeauftragte sollen für die Mitarbeiter leicht erreichbar sein und zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit ähnlich wie Betriebsräte Kündigungs- und Benachteiligungsverbot sowie das Recht auf Weiterbildung erhalten.

Mindeststandards

Die Regelungen im Beschäftigten-datenschutz wären als Mindeststan-

dards zu verstehen. Das bedeutet, dass Kollektiv- und Betriebsvereinbarungen über die Bestimmungen hinausgehen können.

Mit Spannung wird nun erwartet, wie der federführende Justizausschuss Ende Mai über die Datenschutz-Grundverordnung abstimmen wird. Eine Rekordzahl von mehr als 3000 Änderungsanträgen wurde eingebracht, inhaltlich prallen dabei die Interessen von Unternehmen und Arbeitnehmern stark aufeinander.



„Mit reda kond d'Lüt zemma“ ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

30. April von 14 bis 15 Uhr unter
Telefon 050/258-6800

Einladung zur Telefon-
Sprechstunde.

Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle.



Stark für Sie.

www.ak-vorarlberg.at

PV-Generaldirektor Dr. Winfried Pinggera im Interview: „Versuchen einen komplett durchgehenden Verlauf zu haben“

Pensionsansprüche sichern: Vergleichsrechnung nur bis 2017

Stimmt Ihr Pensionskonto? Diese Frage stellt die Pensionsversicherungsanstalt (PV) derzeit rund 2,5 Millionen Österreichern. Warum es so wichtig ist, den Verlauf vollständig ausgefüllt zurückzuschicken, erklärt Generaldirektor Dr. Winfried Pinggera im Gespräch mit der AKtion.

Die Pensionsversicherungsanstalt erhebt derzeit die Daten ihrer Versicherungsnehmer. Die Zuschriften, die sie erhalten, sorgen jedoch immer wieder für Verunsicherung. Warum ist es wichtig, dass man den Verlauf zurückschickt?

Dr. Winfried Pinggera: Ein Hauptproblem ist, die angeschriebenen Versicherungsnehmer sehen in ihrem Verlauf, den wir ihnen zuschicken, dass er eh vollständig ist. Ein Beispiel: Ich habe mit 17 angefangen zu arbeiten. Das steht auch so in unserem Verlauf. Für diese Person ist er also vollständig. Also warum soll ich das zuschicken? Für uns ist aber eine Lücke zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr. Davor hat der Versicherungsnehmer vielleicht noch eine Lehre gemacht und der Lehrherr hat mich nicht angemeldet gehabt. Oder ich habe die Handelsakademie abgebrochen. Und schon fehlen ein paar Monate in meinem Verlauf. Oder ich in irgendeinem Feri-job gearbeitet und war nicht angemeldet. Und schon wieder fehlen ein paar Monate.

Das heißt, Sie versuchen einen komplett durchgehenden Verlauf zu haben.

Genau. Wenn uns auch „nur“ Schulzeiten vorliegen, kann der oder diejenige sagen: Ich möchte die nachkaufen. Dann sollten wir das wissen. Oder – im tragischen Fall – bei der Witwenpension oder Waisenpension. Da zählen diese Zeiten auch mit. Darum ist es so wichtig, einen kompletten Verlauf zu haben. Dann können wir die Ansprüche daraus ableiten.



Dr. Winfried Pinggera, Generaldirektor der Pensionsversicherungsanstalt im Gespräch mit der AKtion: „Wer seine Unterlagen nicht zurückschickt, verliert die Vergleichsrechnung.“

Was passiert, wenn ich den Verlauf nicht zurückschicke?

Wenn ich ihn nicht zurückschicke, heißt das, dass unter Umständen Zeiten verloren gehen können. Nicht im wörtlichen Sinn von „Zeit geht verloren“. Sie wird, auch wenn sie später auftaucht, immer angerechnet. Aber: Es gibt nur bis zum Jahr 2017 eine Vergleichsrechnung.

Was darf man darunter verstehen?

Wir vergleichen das alte System mit

dem Pensionskonto-Modell. Aus diesem Vergleich heraus ergibt sich ein Korridor, der bei 1,5 Prozent beginnt. Wenn also jemand seine Unterlagen nicht zurückschickt, verliert er diese Vergleichsrechnung. Denn diese machen wir nur bis zum Jahr 2017.

Wie schaut dieser Vergleich aus?

Wir rechnen zwei komplette Pensionen aus. Wir machen einerseits eine ganz normale Berechnung nach dem Pensionskonto-Modell. Das ist der Be-

trag eins. Und dann rechnen wir eine volle alte Parallelrechnung – unter Berücksichtigung der Rechtslage 2003, Rechtslage 2004, der aktuellen Rechtslage – wie wenn jemand in Pension ginge. Dann vergleichen wir: Was hast du auf dem Pensionskonto eins? Wie schaut die Pension zwei aus? Und habe ich da maximal 1,5 Prozent Differenz? Habe ich mehr – zieht die alte Pension. Damit verhindere ich, dass es durch die neue Pension zu Eingriffen in bestehende Rechte kommt. Basis ist die alte Berechnung.

Das heißt also, ich könnte unter Umständen eine niedrigere Pension erhalten, wenn ich meine Unterlagen nicht bis zum Jahr 2017 abgebe.

Richtig. Wenn sie den Bogen zurückschicken, kriegen sie die Vergleichsrechnung und damit die Sicherheit, nicht einer starken Schwankung zu unterliegen. Weil: Das Pensionskonto ist keine Pensionsreform im herkömmlichen Sinn, wo man sagt, man will Leistungen verändern. Sondern: Das Pensionskonto ist nur eine Berechnungsveränderung. Die Leistungen sollen ungeschmälert erhalten bleiben. Dafür ist es notwendig, den Altanspruch parallel festzustellen.

Wann liegt jemand außerhalb dieser 1,5 Prozent?

Außerhalb des Korridors wird man in Extremfällen sein, wenn man zum Beispiel viele Kinder hat, die in größeren Abständen zur Welt gekommen sind. Also eine Mutter, die beispielsweise drei Kinder hat und diese in einem Abstand von je drei Jahren geboren hat. Sie hat damit neun Jahre an hohen Zurechnungsbeträgen. Das könnte zum Beispiel ein solcher Extremfall sein, bei dem die andere Berechnungsbasis zieht. Sie würde also noch die alte Pension erhalten.

Weiberkram

Baby- und andere Pausen

Gerade war das Thema wieder in allen Medien. Eine Studie des Instituts für empirische Sozialforschung im Auftrag



Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

der Arbeiterkammer hat ergeben, dass Elternkarenz – umso mehr, je länger sie dauert – eine „Karrierebremse“ darstellt. Vor allem für die nach wie vor weitaus überwiegende Mehrzahl an Müttern, die im Schnitt drei Jahre Berufsunterbrechung aufweisen. Häufig wird im Anschluss daran auch noch Teilzeit gearbeitet – wiederum mit gravierenden Folgen für Aufstiegschancen, Einkommensentwicklung und spätere Pension. Diese Erkenntnisse sind nicht gerade neu, aber nach wie vor Grund für Unbehagen. Grund für Unbehagen – und eigentlich für handfesten Ärger – liefert aber auch die Wortwahl in diesem Zusammenhang. Wer sich je rund um die Uhr um Familie, Haushalt und Kinderbetreuung gekümmert hat, weiß, dass Pausen in diesem anstrengenden Fulltimejob rar sind (das berichten gerade auch die wenigen „Karezmänner“, die meist ganz erstaunt sind über die Fülle an Aufgaben). Den gesamten, der Familie gewidmeten Zeitraum als Pause zu bezeichnen, klingt ebenso zynisch wie der Begriff Pflegeurlaub, der auch meist alles andere als Highlife für die – weiblichen wie männlichen – Krankentruer darstellt.

Aber eigentlich ist es symptomatisch. Jede Unterbrechung der Berufstätigkeit wird verbal abgewertet beziehungsweise zum Privatvergnügen der Betroffenen degradiert. Und es wird auch mehr als deutlich, dass es sozusagen ein besonderes Entgegenkommen von Wirtschaft und Staat darstellt, dass dafür auch noch Geld bezahlt beziehungsweise (bei längerer Dauer nur teilweise) Pensionsanrechnung vorgenommen wird. Ach ja! Und man wundert sich über die niedrige Kinderanzahl in unserem Land ...

E-Mail:
irene.dyk@jku.at

Altersgerechte Arbeit: Tagung in Bregenz

Nach dem Erfolg der ersten Veranstaltung im Vorjahr findet mit Unterstützung der AK Vorarlberg am 15. und 16. Oktober 2013 im Bregenzer Festspielhaus die zweite Wirtschaftskonferenz zum Generationen-Management statt. Dabei stehen dieses Mal „Praktische Beispiele alter(n)sgerichteter Arbeitsgestaltung“ im Mittelpunkt. Die Konferenz richtet sich an Personalverantwortliche, Betriebs- und Personalräte, betriebliche Gesundheitsexperten sowie ans Management. Das Programm sieht über 20 Referenten sowie neun thematische Arbeitsgruppen vor. Bis 31. Mai wird ein Frühbuche-Bonus gewährt.

Näheres und Online-Anmeldungen: www.bf-geissler.com

Kurz gemeldet ...

► 73 der 92.311 im Vorjahr registrierten Arbeitsunfälle in Österreich endeten tödlich. ► 87 Prozent der Stellenausschreibungen enthalten die geforderten Gehaltsangaben, allerdings nur 38 Prozent konkrete Ist-Gehälter. ► 130.000 Berufskraftfahrer müssen bis spätestens Ende 2014 die von der EU geforderte Weiterbildung nachweisen. ► Die Maschinenindustrie will heuer noch vor dem Sommer den Kollektivvertrag verhandeln. Traditioneller „Metaller“-Termin ist der Herbst.

Regelungswut und Vorschriften als Preistreiber: Die AK Vorarlberg setzt sich weiterhin für mehr günstigen Wohnraum ein

Leistbares Wohnen muss im Vordergrund stehen!

Die Menschen in Vorarlberg brauchen viel mehr und weit günstigere Wohnungen. Statt auf die sozial Schwachen zu schauen, legt die Politik das Hauptaugenmerk auf die Umsetzung fragwürdiger Energiestandards.

AK-Direktor Rainer Keckeis kritisiert im Interview einmal mehr die fehlende soziale Komponente in der Vorarlberger Wohnbaupolitik. Oberstes Ziel muss wieder leistbares Wohnen sein.

Die steigenden Wohnungskosten bringen selbst immer mehr Vollzeitbeschäftigte an den Rand der Armut. Was läuft schief?
Rainer Keckeis: Wir sind bereits am Punkt angelangt, dass sich immer mehr arbeitende Menschen das Wohnen ohne Sozialhilfe nicht mehr leisten können. Das ist entwürdigend. Das Grundproblem ist, dass wir viel zu wenig sozialen Wohnbau in Vorarlberg haben und sich die Menschen eine Woh-

nung auf dem privaten Markt nicht mehr leisten können. Wohnkosten und Einkommensverhältnisse driften immer weiter auseinander. Anstatt darauf zu reagieren, setzt die Landespolitik nur noch aufs Energiesparen. Wir brauchen eine Wohnbauförderung mit sozialem und nicht energetischem Schwerpunkt.

Was müsste der erste Schritt sein?

Es wäre höchst an der Zeit, die diesbezüglichen Standards zwar nicht zurückzuführen, aber sehr wohl auf eine bestimmte Zeit, zehn Jahre, einzufrieren. Stattdessen volle Konzentration auf leistbares Wohnen! Dass der soziale Wohnbau zu unverhältnismäßigen Mehrkosten gezwungen wird, um Energie einzusparen, hat mit gemeinnützig nur noch wenig zu tun. Hier wird das Ziel aus den Augen verloren.

Ist das Land der Preistreiber?

Indirekt ja. Die Regelungswut bei den

Baugesetzen, insbesondere beim Brandschutz, läuft völlig aus dem Ruder. Gerade bei den energetischen Vorschriften ist das vernünftige Maß längst überschritten. Das trifft auch alle gewerblichen Bauträger und privaten Häuslebauer.

Zumal die Energiesparsysteme nicht umstritten sind.

Richtig, immer mehr Experten bezweifeln die Wirtschaftlichkeit des so genannten energieeffizienten Bauens. Es wird immer mehr sündteure und aufwändige Technik in die Häuser gesteckt, um jedes kleine energetische Detail zu regeln und zu kontrollieren. Vereinfacht gesagt, werden heute neue Häuser komplett dicht gemacht, um sie dann künstlich zu belüften oder den Wohnraum künstlich zu befeuchten, weil die Luft sonst zu trocken ist und man krank wird. Die dahinterstehenden Systeme sind nicht nur in der

Anschaffung teuer, sondern auch in der Wartung. Man muss sich fragen, ob die Rechnung noch stimmt, wenn ich auf der einen Seite das Geld für Energie einspare, auf der anderen aber für Luftfilter, Reinigung und permanenten Service ausgeben muss. Die Lebenszykluskosten dieser Systeme werden oft völlig außer Acht gelassen. Dazu kommt, dass in neuen Häusern der Sondermüll der Zukunft verbaut wird. Wie damit beim Abriss oder bei einem Umbau umgegangen wird, ist oft ungeklärt. Besonders heftig in der Kritik stehen die Wärmedämmsysteme mit Polysterol, besser bekannt als Styropor, mit denen auch bei uns flächendeckend die Fassaden gedämmt werden. Da stecken jede Menge hochgiftige Pflanzenschutzmittel drin, die in der Landwirtschaft längst verboten sind, damit die Fassaden nicht veralgen. Sie sind außerdem sehr bedenklich, was den Brandschutz angeht: Das Siegel „schwer entflammbar“ ist ein Bluff der Bauindustrielobby. Der Branddirektor der Stadt Frankfurt geht nach Erfahrungen mit Großbränden in der letzten Zeit sogar so weit, den sofortigen Stopp dieses Dämmstoffes zu fordern.

Die Kostensituation wird auch durch die Grundstückspreise im Land verschärft.

Natürlich haben die enormen Gewinne der letzten 20 Jahre dazu geführt, dass auch sehr viel privates Geld zunehmend in Grundstücken veranlagt wird, weil am Kapitalmarkt zwar viel verdient, aber auch viel verloren werden kann.

Was könnte im Land autonom besser geregelt werden?

Am wichtigsten wäre, wie schon erwähnt, ein Umbau der Wohnförderung. Die Wohnbauförderung sollte kostendämpfend wirken. Zu überlegen wäre auch die Finanzierungsseite, vor allem für den sozialen Wohnbau. Da bringt jeder Prozentpunkt mittel- und langfristig eine enorme Ersparnis und für damit die Mieter eine spürbare Entlastung.



AK-Direktor Keckeis: „Wenn sich arbeitende Menschen ohne Sozialhilfe das Wohnen nicht mehr leisten können, ist das entwürdigend.“



Die AK Vorarlberg kritisiert die Preisentwicklung in...

Mietrecht für Mieter

Auf 186 Seiten ist die komplexe Materie des Mietrechts für Mieter für Sie in verständlicher Form in dieser AK-Broschüre aufgearbeitet. Sie kann kostenlos von der Webseite der AK Vorarlberg heruntergeladen werden.



Download: www.ak-vorarlberg.at/publikationen.htm

Betriebskosten – eine relative Angelegenheit

Die Statistik Austria erhebt regelmäßig, welchen Anteil die Betriebskosten an den gesamten Ausgaben für eine Hauptsitzwohnung haben. Auf den ersten Blick überrascht der niedrige Wert für Vorarlberg: 24,8 Prozent liegen deutlich unter dem Österreichschnitt von 30,8. Die Statistiker erklären das „aufgrund des hohen Gesamtaufwandes“. Mit anderen Worten: Vorarlberger zahlen für Miete oder Rückzahlungen weit mehr als andere.

Neues Gesetz trifft auch Miete

Am 16. März ist das neue Zahlungsverzugsgesetz in Kraft getreten. Es wirkt sich auch aufs Mietrecht aus.

Bis zu diesem Tag galt für Wohnungen nach dem Vollenwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes, dass die Miete und die Betriebskosten grundsätzlich am Ersten des Monats fällig waren. Auch bei anderen Mietverhältnissen wird die Miete vielfach am 1. eines Monats überwiesen.

Ein wesentlicher Punkt des neuen Zahlungsverzugsgesetzes ist, dass der geschuldete Betrag am Fälligkeitstag auf dem Konto des Gläubigers wertgestellt sein muss. Gerade bei Mietverträgen zwischen Privatpersonen hätte das bedeutet, dass die Miete bereits im Vormonat vom Mieter angewiesen werden müsste, damit sie am Ersten des Monats auf dem Konto des Vermieters wertgestellt ist – mitunter also noch bevor der Zahltag am Konto ist. Das ist nicht zumutbar. Deshalb gilt

seit 16. März im Mietrechtsgesetz, im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz und im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch zur Mietzinsfälligkeit die Bestimmung, dass die Miete beziehungsweise das Entgelt nunmehr am Fünften des Monats fällig ist. In der Praxis heißt das:

- Bei privaten Vermietern reicht es aus, wenn die Miete am Fünften des Monats auf ihrem Konto eingelangt ist.
- Gegenüber gewerblichen Vermietern reicht es jedoch aus, wenn die Miete am Fünften des Monats erst zur Anweisung gebracht wird. Hier gilt nämlich eine Ausnahme des Konsumentenschutzgesetzes: An Unternehmer dürfen Private weiterhin erst am Fälligkeitstag überweisen.
- Im gemeinnützigen Wohnbaubereich, von gewerblichen Vermietern und in Vollenwendung des Mietrechtsgesetzes dürfen die neuen Regelungen nur zugunsten des Mieters abgeändert werden.

Fakten zum Wohnen in Vorarlberg

Die Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau und Siedlungsgesellschaft ist der größte Wohnbauträger in Vorarlberg. Rund 16.000 Wohnungen werden von der **Vogewosi** verwaltet. 2013 kommen 97 neue Wohnungen sowie zwei Wohnheime dazu. Derzeit sind 23 Anlagen mit insgesamt 410 Wohneinheiten in der Bauvorbereitung oder Projektierung. Sie sollen in den Jahren 2014 und 2015 bezogen werden.

Bregenz hat unter den Städten und größeren Gemeinden im Rheintal mit **34,5 %** den mit Abstand höchsten Anteil an gemeinnützigen Mietwohnungen. In Hard beträgt er 18,0, in Dornbirn 16,1, in Götzis 13,4 und in Feldkirch 11,7 Prozent.

Die Zahl der **Hauptwohnsitze** in Miete oder in Wohnungseigentum ist in Vorarlberg in den Jahren 2010 bis 2012 vom 66.300 auf 70.500 gestiegen. 15 Prozent der Vorarlberger leben in einer Eigentumswohnung, aber 47 Prozent im eigenen Haus.

Wenn das Einkommen vorne und hinten nicht mehr reicht: Im vergangenen Winter haben hunderttausende Haushalte bei ihrer Gemeinde einen Heizkostenzuschuss beantragt. Das sind

Über 93 Prozent der Wohnungen liegen in der besten Ausstattungskategorie A, das liegt im Bundesschnitt. Deutlich unterrepräsentiert sind Wohnungen in der **Kategorie D**. Dadurch ist günstiger Wohnraum in Vorarlberg im Ländervergleich sehr rar.



Wohnbau und fordert Maßnahmen: Speziell für Familien wird es in Vorarlberg von Jahr zu Jahr schwerer, günstigen Wohnraum zu finden oder gar sich eigene vier Wände leisten zu können.

Gültige Energieausweise nicht immer die richtigen

Gut gemeint, schlecht gelöst. Ein Energieausweis kostet Betroffene viel Geld, in der Anwendung gibt es allerdings eine Reihe von Problemen.

Seit im Dezember das entsprechende Gesetz verschärft wurde, gibt es kein Entrinnen mehr. Einen mindestens mehrere hundert Euro teuren Energieausweis braucht, wer um eine Baubewilligung oder um eine Sanierungsförderung ansucht oder eine Wohnung oder ein Wohnhaus verkaufen oder vermieten will. Dabei haften Verkäufer und Vermieter gegenüber ihren Vertragspartnern für die Richtigkeit des vorgelegten Energieausweises. Ob sie die Angaben des Ausweises nachvollziehen können, spielt keine Rolle.

Mehrere Ausweise für ein Objekt „Energieausweis ist nicht gleich Energieausweis“, warnt AK-Konsumentenberaterin Dr. Ulrike Stadelmann, „der Energieausweis kann einer von mehre-

ren Ausweisen sein, die beispielsweise für verschiedene Sanierungsvarianten für ein Gebäude erstellt worden sind. Jahre später ist oft kaum erkennbar, welcher Energieausweis tatsächlich umgesetzt wurde.“ Auch bei einem Neubau kann es zu Planänderungen oder zur Änderung bei den Baumaterialien kommen, so dass letztlich verschiedene Energieausweise ausgestellt wurden und kursieren.

Der Energieausweis sollte den Ist-Zustand abbilden. Das ist nicht nur die berechnete Erwartung, sondern bei Verkauf oder Vermietung sogar Gesetz. In der Praxis allerdings ist das nicht notwendigerweise immer der Fall. Ein Energieausweis darf bis zu zehn Jahre alt sein. Während dieser Zeitspanne kann viel geschehen. So führt etwa ein nachträglicher Fenstertausch zu veränderten Energiekennzahlen.

Die AK Vorarlberg kritisiert, dass schon die Gestaltung des offiziellen Dokuments Verwirrung stiftet. Dr.

Ulrike Stadelmann: „Erst auf Seite 3 beziehungsweise 4 gibt es Hinweise darauf, weshalb der Energieausweis erstellt wurde und ob die ausgewiesenen Kennzahlen dem Ist-Zustand entsprechen haben oder etwa nur einem geplanten Zustand.“

Für Laien schwer durchschaubar Selbst professionelle Makler haben ihre Mühe mit dem Stück Papier, musste die AK Vorarlberg feststellen. Wie soll erst ein Laie erkennen, ob er das richtige Formular in Händen hält. Als Mindestmaßnahme fordert die AK Vorarlberg eine je nach Zweck unterschiedliche Gestaltung und klare Angaben schon auf der ersten Seite. Die Vorarlberger Energieausweiszentrale sieht dies jedoch als nicht notwendig an.

Es gibt bereits die ersten Fälle von Schadenersatzansprüchen von mehreren tausend Euro, weil sich Käufer oder Mieter durch einen vorgelegten Energieausweis irreführt sehen.

Teuerungen beim Wohnen stellen für 14 Prozent der Vorarlberger Familien einen noch stärkeren Belastungsfaktor dar als die steigenden Preise für Lebensmittel und Energie. Das ergab eine repräsentative Untersuchung der AK Vorarlberg im vergangenen Herbst. Bei diesem Wert muss allerdings das hohe

Ausgangsniveau

berücksichtigt werden: Die Kosten für Mieten oder Wohnungseigentum in Vorarlberg zählen zu den höchsten in Österreich. Mit steigendem Alter nimmt die subjektive Belastung ab, weil die eigenen vier Wände abgezahlt sind und so die Aufwendungen sinken. Statistische Ausreißer nach oben sind Personen bis 30 Jahre, die sich buchstäblich erst einrichten.

13.209 Personen bezogen um 621 Anträge mehr als 2011/2012.

Quellen: Vogewosi, Vision Rheintal, Statistik Austria, AK Vorarlberg/Dr. Berndt, Land Vorarlberg, Caritas Sozialbericht

Buchtipp

Ökologisch Bauen mit menschlichem Maß

Der Ökohausbau boomt. Dass man es auch übertreiben kann, ist eines der Themen dieses Buchs aus der Schweiz. Den modernen, mit viel Technik bestückten „Wohnmaschinen“ stellen die Autoren eine Hausbauphilosophie entgegen, die auf Einfachheit, Natürlichkeit und energiesparende Bauweise setzt. Sie lassen – gut gebildet – dabei Leute zu Wort kommen, die Entscheidendes teilen: die Überlegungen und Erfahrungen aus ihrer eigenen Hausbaugeschichte. „Ein bedenkenswerter und amüsanter Aufruf zum Bauen mit natürlich gewachsenem Holz statt mit energiefressendem Sondermüll“, schreibt „Der Bund“.

Mosimann/Lettau: Das Holzhaus der Zukunft



Rotpunktverlag Zürich, 322 Seiten, gebunden, ISBN 978-3858694829, 28 Euro

Lebensmittel heute

Pferdefleisch, Gentechnik, Functional Food – über kaum ein Thema wird so viel geredet und diskutiert, wie unsere Lebensmittel. Für Konsumenten wird es aufgrund der Informationsflut immer schwieriger den Überblick zu behalten. Die AK Vorarlberg bietet daher den Konsumenten hilfreiche Broschüren, um sich im Lebensmittel-Dschungel zurechtzufinden.

„Lebensmittel heute“ ist ein Leitfadens, der alle wichtigen und relevanten Details zu den Themen Gentechnik, Lebensmittelkennzeichnung und Lebensmittelzusatzstoffe, biologische Landwirtschaft, Essgewohnheiten, Risiken in der Ernährung sowie Lebensmittelrecht beinhaltet.



Einen Überblick über am Markt erhältliche Präparate und deren Wirkung verschafft die Broschüre „Fitmacher oder Konsumentenpepp“. Aber auch Mangelerscheinungen durch einseitige Ernährung werden thematisiert.



Wer schon immer wissen wollte, welche Lebensmittelzusatzstoffe sich hinter den berühmten E-Nummern verbergen, findet Antworten in der „E-Nummern Liste“. Außerdem erfahren Sie, woraus die Zusatzstoffe gewonnen werden, wofür sie gut sind und welche Wirkung sie auf den Körper haben können.



Telefon 050/258-8000,
bestellen@ak-vorarlberg.at

Einspruch: tele.ring erhöht Grundentgelt

Viele tele.ring-Kunden wurden mit der letzten Rechnung informiert, dass per 1. April 2013 eine Indexanpassung vorgenommen wird. Sprich: Die Grundgebühr wird um 2,4 Prozent erhöht. Konsumentenschützer sehen jedoch in der Klausel einen Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz. Da noch zwei Verfahren des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) gegen Orange beziehungsweise A1 anhängig sind und noch kein rechtsgültiges Urteil vorliegt, empfiehlt AK-Konsumentenberaterin Sandra Leichte dringend: „Erheben Sie Einspruch gegen die Rechnung. Damit ist gewährleistet, sollte das Verfahren zu Gunsten des VKI entschieden werden, dass Sie Ihr Geld zurückfordern können.“ Einen entsprechenden Musterbrief finden Sie auf der Homepage der AK Vorarlberg zum Download.

Musterbrief: www.ak-vorarlberg.at/online/erboehnte-grundgebuehren-72463.html

Kurz gemeldet ...

► Die EU-Kommission leitete ein Verfahren gegen Mastercard ein, um dessen hohen Gebühren auf den Grund zu gehen. ► **Schlechte Arbeitsbedingungen:** Zwölf Prozent der Online-Käufer wollen nicht mehr bei Amazon einkaufen. Das ergab eine YouGov-Umfrage. ► **EuGH-Urteil:** Behörden dürfen Konsumenten künftig auch vor Lebensmitteln warnen, die richtig eklig sind. ► **Über Geldanlagen** fühlen sich 57 Prozent der Österreicher gut informiert, wie eine YouGov-Umfrage ergab. Europaweit sind es nur 38 Prozent.

Druckpatronen-Chip zwingt zum Kauf von Originalpatronen

Drucker im VKI-Test: Geräte werden immer schneller

Die Tintenstrahldrucker werden schneller, die Kopierfunktion bleibt aber die Schwachstelle. Große Unterschiede gibt es bei den Tintenkosten.

Eilige Zeitgenossen wird es freuen: Im Rahmen dieses Tests von elf Multifunktionsgeräten und drei „normalen“ Tintenstrahldruckern konnten wir die bislang kürzesten Druckzeiten bei der Produktion von Briefen und Textdokumenten feststellen. Bei der Mehrzahl der Kandidaten hält man die fertig gedruckte Seite schon nach nur vier Sekunden in Händen. Das braucht den Vergleich mit vielen (nicht selten teureren) Laserprintern nicht zu scheuen. Auch beim Fotodruck sind die Geräte deutlich schneller geworden. Ist aber auch die Qualität gewährleistet? Die erfreuliche Antwort lautet: ja. Denn selbst die nur mit dem Gesamturteil „durchschnittlich“ beurteilten Geräte bringen es bei der Qualität des Fotodrucks auf eine zumindest „gute“ Bewertung. Es kommt sogar noch besser:

Dieses Ergebnis gilt weitgehend auch für den Druck anderer Dokumentarten wie etwa Text und farbige Grafiken.

Keine Wahlfreiheit bei Tinte

Getestet wurden zum einen ganz „normale“ Tintenstrahldrucker und Multifunktionsgeräte, die in sich die Funktion des Druckers, eines Scanners und eines Kopierers vereinen. Manche dienen sogar zusätzlich als Fax.

Alle Printer kommen mit eingebautem Druckpatronen-Chip daher, was die Verwendung von chiplosen Nachbauten ausschließt. Selbst die Originalpatronen der Hersteller sind kontinental gesperrt – was es sinnlos macht, beim Urlaub in den USA oder in Fernost einen Satz dort vielleicht günstigerer Patronen zu erstehernden. Ein Chip verhindert hier die Wahlfreiheit

des Konsumenten bei den Verbrauchsmaterialien. Aber das Geschäft machen die Hersteller eben immer noch mit der Tinte und nicht in erster Linie mit den Geräten.

Tipps

• Wer lediglich gute Farbausdrucke benötigt, greift zum „normalen“ Drucker.



Der Sieger im VKI-Test: Das Multifunktionsgerät „Expression Premium XP-800“ von Epson.

cker. Das bedeutet geringere Anschaffungskosten.

• Multifunktionsgeräte machen dann Sinn, wenn deren zusätzliche Möglichkeiten – gerechnet auf die zu erwartende Lebensdauer des Gerätes – eine Ersparnis bedeuten oder Bequemlichkeit sehr wichtig ist.

• Geringen Kosten für Text-Druck können exorbitante Kosten beim Foto-Druck gegenüberstehen.

• Die Qualität von Ausdrucken, die aus dem PC heraus erfolgen, ist bei den meisten Geräten gut. Unterschiede gibt es bei gescannten oder zu kopierenden Vorlagen.

• Liegt das Hauptaugenmerk auf qualitativ hochwertigen Scans auch von nicht planen Objekten, liefern Stand-alone-Scanner meist bessere Ergebnisse bei der Tiefenschärfe.

Detaillierte Testergebnisse: www.konsument.at/drucker042013 (kostenpflichtig)

Testergebnisse Multifunktionsgeräte und Tintendrucker (bei gleicher Punktezahl Reihung alphabetisch)

| Marke | Type | Mittlerer Preis in € | Testurteil Erreichte von 100 Prozentpunkten | Leistungsmerkmale | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------|-------------------------------------|----------------------|---|-------------------|---------------|--------------------|---------------|--------------------------------|-------------------------|----------------------------|--------------|---------------|-------------------------------------|-----------------------|-----------------|-----------------|---------------------|-------------------------|----|
| | | | | Drucken 20 % | Qualität Text | Qualität Farbseite | Qualität Foto | Wasser- und Lichtbeständigkeit | Druckzeit Text in min:s | Druckzeit A4-Foto in min:s | Scannen 10 % | Kopieren 15 % | Tintenkosten 20 % in Cent/Textseite | in Cent/ISO-Farbseite | in Cent/A4-Foto | Handhabung 15 % | Vielseitigkeit 15 % | Umwelteigenschaften 5 % | |
| Multifunktionsgeräte | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Epson | Expression Premium XP-800 | 225,- | gut (66) | + | + | + | ++ | + | 0:04 | 3:05 | + | + | o | 5,4 | 11,5 | 120 | + | ++ | + |
| Epson | Workforce WF-3540DTWF | 223,- | gut (66) | + | + | + | ++ | ++ | 0:04 | 2:50 | + | + | o | 4,1 | 15,0 | 180 | + | + | + |
| Canon | Pixma MG5450 | 127,- | gut (64) | + | + | + | ++ | + | 0:04 | 1:10 | + | + | o | 4,5 | 9,5 | 100 | + | o | + |
| Canon | Pixma MG6350 | 174,- | gut (64) | + | + | + | ++ | + | 0:04 | 1:10 | + | + | o | 6,0 | 12,0 | 90 | + | + | + |
| HP | Officejet 6700 Premium e-All-in-One | 144,- | gut (64) | + | + | + | + | ++ | 0:04 | 2:35 | + | o | + | 3,0 | 6,0 | 80 | o | + | + |
| Brother | MFC-J4510DW | 240,- | gut (60) | + | + | o | + | + | 0:04 | 4:20 | + | o | + | 3,0 | 7,5 | 100 | o | + | + |
| HP | Photosmart 7520 e-All-in-One | 193,- | gut (60) | + | + | o | + | + | 0:06 | 2:40 | ++ | o | o | 4,5 | 12,0 | 110 | + | + | + |
| Canon | Pixma MG4250 | 79,- | durchschnittlich (56) | + | + | + | + | o | 0:06 | 2:10 | + | o | o | 5,0 | 9,0 | 90 | o | - | + |
| HP | Deskjet 3520 e-All-in-One | 87,- | durchschnittlich (54) | + | + | o | + | + | 0:08 | 2:40 | + | o | o | 4,5 | 11,0 | 130 | + | - | + |
| Epson | Expression Home XP-402 | 122,- | durchschnittlich (52) | o | + | + | + | + | 0:07 | 10:25 | o | + | o | 3,5 | 11,2 | 170 | + | - | o |
| Brother | DCP-J140W | 107,- | durchschnittlich (44) | o | o | o | + | + | 0:11 | 4:10 | + | - | o | 4,5 | 13,0 | 180 | o | -- | + |
| Drucker | | | | 45% | | | | | | | 0% | 0% | 20% | | | | 15% | 15% | 5% |
| HP | Officejet Pro 6100 ePrinter | 107,- | gut (66) | + | + | + | + | ++ | 0:04 | 2:35 | entf. | entf. | + | 3,0 | 6,7 | 85 | + | - | + |
| Canon | Pixma iP7250 | 86,- | gut (64) | + | + | + | ++ | + | 0:04 | 1:05 | entf. | entf. | o | 6,0 | 11,0 | 120 | + | o | + |
| Epson | Workforce WF-3010DW | 184,- | gut (62) | + | + | + | ++ | ++ | 0:04 | 4:50 | entf. | entf. | o | 3,1 | 13,1 | 190 | + | o | ++ |

Zeichenerklärung: entf. = entfällt Beurteilungsnoten: sehr gut (++), gut (+), durchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (-), nicht zufriedenstellend (--) Prozentangaben = Anteil am Endurteil Preise: Jänner 2013



Versicherungsschutz: Prüfen Sie die Bedingungen!

Kreditkarten: Vorsicht bei Reiseversicherungen!

Inhaber von Kreditkarten sind vielfach der Meinung, dass sie bei der Buchung einer Reise bereits über ihre Kreditkarte ausreichend versichert sind. Eine zusätzliche Reiseversicherung schließen sie meist nicht ab.

„Da der Versicherungsschutz über die Kreditkarte an bestimmte Voraussetzungen beziehungsweise Pflichten des Kreditkartennahmers geknüpft ist, empfehlen wir dringend, die Versicherungsbedingungen der Kreditkartengesellschaft genau zu prüfen“, rät AK-Konsumentenberaterin Mag. Renate Burtcher.

Wesentliche Bestandteile einer Reiseversicherung können sein:

- eine Auslandsreisekrankenversicherung
- eine Reiseunfallversicherung
- eine Reisekostenstornoversicherung

- eine Reiseabbruchversicherung
- eine Reisehaftpflichtversicherung
- eine Reisegepäckversicherung

Nur ein Schadensfall pro Jahr

Bei der Reisestornoversicherung zum Beispiel ersetzt die Versicherung die Stornokosten von Privatreisen für ein gebuchtes Pauschalarrangement oder von gebuchten Tickets eines öffentlichen Verkehrsmittels, das für die Reise gebucht wurde. Aber: Reisen mit dem privaten Kraftfahrzeug beziehungsweise, für die lediglich eine Unterkunft gebucht wird, sind nicht versichert.

Die Versicherung übernimmt jene Kosten, die die versicherte Person dem Reise- oder Verkehrsunternehmen vertraglich schuldet, sofern die Reise wegen Krankheit, Tod oder Unfall des Versicherten oder eines seiner nahen



Reiseversicherungen bei Kreditkarten setzen oft voraus, dass die Karte regelmäßig verwendet wird.

Angehörigen nicht angetreten werden kann.

„Sowohl die Versicherungssummen als auch die Selbstbehalte können unterschiedlich hoch sein. Je nach dem, ob der Kartenbesitzer die Reise mit der Kreditkarte bezahlt hat oder nicht“, erläutert die AK-Konsumentenberaterin. Ausschlaggebend ist ebenfalls, wie lange sich die Karten schon im Besitz der Person befindet beziehungsweise wann das letzte Mal damit bezahlt wurde. Damit überhaupt ein Versicherungsschutz besteht, muss der Karteninhaber die Kreditkarte seit mindestens 30 Tagen besitzen.

Art und Umfang des Versicherungsschutzes hängen zudem von der Kreditkarte ab. Bei der Visa Gold Karte beispielsweise übernimmt die Gesellschaft zwei Schadensfälle pro Jahr. In der Regel wird jedoch nur ein Schadensfall (der erstgemeldete) pro Kalenderjahr übernommen. Außerdem muss die Karte regelmäßig verwendet werden (laut Visa einmal innerhalb von zwei Monaten), damit überhaupt ein Anspruch besteht.

Grob fahrlässig: Gekipptes Fenster

Wer ein Fenster, das leicht erreichbar und zum Einsteigen in die Räumlichkeiten geeignet ist, gekippt lässt und seine Wohnung beziehungsweise sein Haus verlässt, verstößt gegen die Sorgfaltspflicht. So urteilte der Oberste Gerichtshof (OGH) Mitte April. Denn durch die Kippstellung wird die Gefahr eines Einbruchdiebstahls erheblich gesteigert, da ein Fenster in dieser Stellung einem Einbrecher weniger Widerstand leistet als ein geschlossenes. Aufgrund grober Fahrlässigkeit ist es somit möglich, dass die Versicherung nicht oder nur teilweise für einen Schaden aufkommt.

Vorsicht bei Null-Prozent-Finanzierung

15 Euro pro Monat ohne Zinsen für einen neuen Laptop – das klingt nach einem verlockenden Angebot. Immer mehr Unternehmen locken Kunden mit Null-Prozent-Finanzierungen. Doch Konsumentenschützer mahnen zur Vorsicht: Nicht immer kann sich der Kreditnehmer die vergleichsweise geringe Rate wirklich leisten. Außerdem ist nicht jedes Angebot tatsächlich ohne zusätzliche Kosten zu haben. Meist fallen zusätzlich gar nicht so günstige Gebühren an. AK-Konsumentenberater empfehlen: Prüfen Sie das Angebot genau und vergleichen Sie verschiedene Anbieter. Am günstigsten sind Produkte immer noch, wenn man die nötige Summe vor dem Kauf anspart.

Niedrige Zinsen Grund für Immobilienkauf

Das Immobilienbarometer von ImmobilienScout24 zeigt: Die niedrigen Zinsen sind ein Motivationschub zum Kauf von Immobilien – und das trotz Preissteigerungen. 44 Prozent gaben das als Grund für einen Immobilienkauf an. Hauptgrund bleibt aber die Altersvorsorge (51 Prozent). Auch die Zuversicht in den Wertzuwachs ist ungebrochen. Etwa jeder Zweite (47 Prozent) rechnet mit einer Wertsteigerung der Immobilie.



Verbraucher dürfen nicht über den Tisch gezogen werden. Die EU-Kommission setzt sich für eine stärkere Durchsetzung der Richtlinien über unlautere Geschäftspraktiken ein.

Unlautere Geschäftspraktiken: EU setzt neue Maßnahmen

Mit neuen Maßnahmen will die EU-Kommission gegen aggressive Geschäftspraktiken vorgehen, um die Verbraucher zum Beispiel vor falschen Gratisangeboten oder direkten Kaufaufforderungen an Kinder besser zu schützen.

Fünf Jahre alt ist die bestehende EU-Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken. Nun hat die EU-Kommission ihre Durchführung überprüft und angekündigt, dass sie sich für eine stärkere Durchsetzung der Regeln einsetzen wird, um das Vertrauen der Konsumenten bei Einkäufen im europäischen Binnenmarkt zu stärken. Dabei will sie sich um eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Durchsetzungsstellen bemühen und beispielsweise das Europäische

Verbraucherschutznetz effizienter gestalten.

Besonderer Handlungsbedarf

Die Reise- und Beförderungsbranche, der Digitalsektor, Finanzdienstleistungen und der Immobilienmarkt wurden als jene Bereiche ermittelt, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht, weil Verbraucher weiterhin ungünstig behandelt werden. Auch die Öko-Angaben von Einzelhändlern, die häufig sehr allgemein formuliert sind und nicht immer verantwortungsbewusst verwendet werden, sollen einer genaueren Prüfung unterzogen werden. Es gebe bereits hinreichende Vorschriften zum Schutz der Verbraucher, sie müssten aber vor allem in grenzüberschreitenden Fällen besser durchgesetzt werden,

meinte die für Justizfragen zuständige Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding und kündigte mehr Null-Toleranz gegenüber unseriösen Geschäftemachern an. „Verbraucher sollten genau wissen, was sie kaufen, und dürfen nicht über den Tisch gezogen werden. Dazu ist auch ein kohärenter Ansatz bei der Durchsetzung des einheitlichen Regelwerks notwendig“, so Reding.

Unterschiedlich durchgesetzt

Als Beispiel für das Fehlen dieses kohärenten Ansatzes führt die Kommission den Fall eines Marktführers für elektronische Geräte an, der von einer nationalen Durchsetzungsstelle mit einer Geldbuße belegt wurde, weil er Verbrauchern eine kostenpflichtige Zwei-Jahres-Garantie für ihre Pro-

dukte anbot, obwohl nach EU-Recht bereits ein kostenloser Anspruch auf diese Leistung besteht. Ein daraufhin durchgeführter Vergleich der Durchsetzungsmaßnahmen auf nationaler Ebene hat gezeigt, dass die Richtlinie von den nationalen Behörden unterschiedlich ausgelegt und durchgesetzt wird.

Seit Juli 2011 stellt die Europäische Kommission eine Online-Datenbank mit Regelungen und Gerichtsurteilen zu unlauteren Geschäftspraktiken zur Verfügung. Bislang gibt es jedoch nur eine englischsprachige Version.



Der QR-Code führt Sie direkt zur Online-Datenbank der Europäischen-Kommission.



AK-Kultur-Café war beliebter Messe-Hotspot

Die AK Vorarlberg durfte sich über viele Besucher auf der Dornbirner Herbstmesse freuen. Die Gäste des AK-Kultur-Cafés (oben) ließen sich von den vier steirischen Topmusikern von „SOLOzuVIERT“ mit Dialektmusik beziehungsweise Austropop unterhalten. Auf dem Stand konnten sich die Messebesucher bei den AK-Konsumentenberatern über die verschiedenen Mogelpackungen informieren. So manch einer hatte bereits persönlich Erfahrungen mit dem Thema gemacht.



Dreiste Mogelpackung: 4,99 Euro kostete das halbleere Osterei von m&m's

Doppelter Preis, doppelte Verpackung, doppelte Leere

Nichts ist ärgerlicher, als eine halbleere Packung. Außer wenn man dafür noch den doppelten Preis bezahlen darf, wie bei der Mogelpackung des Monats: dem Osterei von m&m's.

Eine äußerst dreiste Mogelpackung bekam Sylvia G. aus Feldkirch in die Finger: Ein Osterei von m&m's. Im Glauben, das Ei enthalte eine tolle Osterüberraschung, nahm die Konsumentin eines mit nach Hause. Dort musste sie jedoch feststellen, dass sich außer einer 235 Gramm Packung der bunten Schokolinsen nichts weiter als Luft in dem Ei befand. Dass sie für diese Mogelpackung auch noch 4,99 Euro hinlegen musste, ärgerte die Feldkircherin umso mehr.

Handel entscheidet

Die AKtion hat beim Hersteller Mars Austria OG nachgefragt, warum die Konsumenten für fast den doppelten Preis lediglich doppelt so viel Luft beziehungsweise Verpackung erhalten. Das Unternehmen begründet das so:

„Die Größe der Oster-Packung wurde so gewählt, dass die m&m's-Standardpackung mit 235 Gramm manuell so eingelegt werden kann, dass der Standbeutel dabei nicht „zerquetscht“ und die darin enthaltenen Schokolinsen nicht beschädigt werden. Die Packung wurde auch so gestaltet, dass von oben und unten der Packungsinhalt in Augenschein genommen werden kann. Selbstverständlich ist auch das Packungsgewicht deutlich angegeben.“

Der höhere Preis der Saisonprodukte liegt darin, dass die Anschaffungskosten der Sonderpackung höher sind als die Kosten der Standardpackung, weil sie nur in geringeren Mengen produziert wird. Dazu kommen noch die Kosten der manuellen Befüllung. Der von uns unverbindlich empfohlene Verkaufspreis liegt für die Saisonpa-

ckung daher über dem unverbindlich empfohlenen Verkaufspreis der Standardpackung. Der Handel entscheidet aber selbstverständlich selbständig über seinen Verkaufspreis. Demgemäß wurde das m&m's-Osterei im Handel auch zu Preisen zwischen 3,75 und 4,99 Euro angeboten.“

Da hätte mehr Platz gehabt

Keine wirklich zufriedenstellende Antwort der Firma Mars, finden wir. Es hätte sicher auch eine größere Packung im Ei Platz gehabt. Außerdem werden die Schokolinsen normal nur im Beutel verkauft. Da werden sie in der Regel auch nicht beschädigt. Dass man das Plastik auch anderweitig verwenden kann, ist eine nette Idee, doch fragen wir uns: Wofür?

Mogelpackung entdeckt?

Die AKtion veröffentlicht in jeder Ausgabe die „Mogelpackung des Monats“. Helfen Sie mit, die Tricks der Hersteller aufzudecken: Schicken Sie ein Beweisfoto und eine kurze Beschreibung an: AK Vorarlberg, Redaktion AKtion, Stichwort: Mogelpackung, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch oder an leserbrief@ak-vorarlberg.at.

Die Mogelpackung des Monats: Das Osterei von m&m's. Rechts ohne Etikett sieht man: Es ist halb leer.

Computer-Tipp

Greenshot

Bei diesem Programm handelt es sich um ein Bildschirmfoto-programm. Mit Greenshot kann der gesamte Bildschirm, ein einzelnes Fenster oder ein frei wählbarer Bereich des Bildschirms abfotografiert und dieser dann mit einem Klick entweder in die Zwischenablage gelegt oder mit dem internen Editor nachbearbeitet werden. Wenn ein Screenshot Daten enthält, die nicht weitergegeben werden sollen (zum Beispiel Kontodaten, Namen, Passwörter oder Gesichter auf Bildern), ist es sinnvoll diese unkenntlich zu machen. Das ist ganz einfach im Greenshot-Editor mit dem „Unkenntlich machen“-Werkzeug möglich. Eine weitere Besonderheit dieses Programms ist die Möglichkeit, komplette scrollende Webseiten (allerdings nur in Internet Explorer) abzufotografieren und als eine Datei zu speichern. Wie immer handelt es sich auch bei dieser Software um Open-Source und kann frei von der Herstellerwebseite heruntergeladen werden.



Oliver Fink

Download: <http://getgreenshot.org/de/>



In der Statistik des Unterrichtsministeriums versteckt sich hinter dem Begriff Ganztagesbetreuung oft nur ein Mittagessen unter Aufsicht einer Lehrperson.

Office: Take Two – Word und Excel

In diesem Kombikurs lernen Sie die Grundlagen der Office Programme Microsoft Word und Excel. Sie erfahren alles über den Datenaustausch zwischen den Programmen und können deren vielfältige Kombinationsmöglichkeiten nutzen. Der Tageskurs beginnt am 27. Mai im AK Bildungszentrum in Feldkirch.

i EDV:
Regina Knecht, 050/258-4030,
regina.knecht@ak-vorarlberg.at

„Russkoje leto“ – Russischer Sommer

Möchten Sie Ihre Russischkenntnisse bis zum Herbst auffrischen beziehungsweise verbessern? Wir haben ein ganz spezielles Programm für Sie zusammengestellt. Mit diesem „Sommer-Cocktail“ gemixt aus Unterhaltung, spielerischen Aktivitäten und interessanten Inhalten verbessern Sie Ihren Wortschatz und frisieren Ihre Grammatikkenntnisse wieder auf. Der Kurs wird in Feldkirch und Bregenz angeboten. Kursbeginn ist am 21. Mai in Feldkirch und am 23. Mai in Bregenz.

i Sprachen: Dagmar Niedermair,
050/258-4038, dagmar.niedermair@ak-vorarlberg.at

Ideen kommen nicht einfach im Schlaf

„Denkt euch mal was Kreatives aus!“ kann mitunter zur echten Herausforderung werden. Zeitdruck und enge Vorgaben lassen die Ideen nicht gerade sprudeln. Doch gute Ideen lassen sich mit verschiedenen Methoden und Techniken aus der Reserve locken. In diesem Seminar entdecken Sie unter der Leitung von Mag. Barbara Schmiedehausen neue Wege zur Kreativität und lernen, diese gezielt zu entwickeln. Der Kurs beginnt am 24. Mai im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

i Wirtschaft:
Peter Fritz, 050/258-4032,
peter.fritz@ak-vorarlberg.at

Streit um Statistik für Angebote in der Ganztagesbetreuung

Die Betreuungsquote in Pflichtschulen und AHS-Unterstufen ist alles andere als zufriedenstellend. Unterrichtsministerin Claudia Schmid präsentierte eine irreführende Statistik im Nationalrat.

In der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ließ Unterrichtsministerin Claudia Schmid mit überraschenden Zahlen aufhorchen. Vorarlberg sei bei den AHS-Unterstufen Spitzenreiter bei den ganztägigen Betreuungsangeboten. Aber auch in anderen Bundesländern herrscht Verwunderung.

So sollen 17 Prozent der Schüler in Pflichtschulen ganztägig betreut werden, in der AHS-Unterstufe sogar 86 Prozent. Mit knapp der Hälfte landen Wien und Salzburg (45 und 43 Prozent) bei den AHS-Unterstufen auf Platz zwei und drei. In den Pflichtschulen belegen Wien und Steiermark mit 33 und 27 Prozent die ersten zwei Plätze vor Vorarlberg.

Blanker Hohn für die Eltern

Interessant ist aber, welche Anforderungen die Statistik an Ganztagesbetreuung stellt. So ist nicht etwa nur

verschränkter Unterricht mit Nachmittagsbetreuung gemeint, vielmehr gilt schon ein Mittagessen mit Anwesenheit einer Lehrperson als statistisches Indiz für eine zu erfassende Betreuung. „Es ist der blanke Hohn für Eltern, wenn mit Statistiken gearbeitet wird, die nur der Selbstbeweihräucherung dienen. Hier wird in jedem Landesschulrat ein eigenes Süppchen gekocht, werden Zahlen präsentiert, die wenig aussagekräftig sind, weil sie keinen Bundesländervergleich zulassen“, sagt Gerhard Ouschan, Bereichsleiter der AK Vorarlberg.



„Betreutes Mittagessen steht auf unserer Wunschliste sicher nicht an erster Stelle. Wir wollen Modelle mit verschränktem ganztägigem Unterricht.“

Gerhard Ouschan, Bereichsleiter AK-Bildungspolitik

Es werden auch zwei Schulformen vermischt, die durch eine hohe Differenz in den absoluten Zahlen eigentlich gar nicht vergleichbar sind. In Vorarlberg gibt es zehn AHS-Unterstufen, in drei dieser Schulen wird Ganztagesbetreuung angeboten. Zwei (Riedenburg und Mehrerau) sind pri-

vat geführt, dazu gesellt sich noch das Gymnasium Blumenstraße, welches ebenfalls in Bregenz angesiedelt ist.

Es werden aber nur rund 390 von 3900 Schülern den ganzen Tag über betreut, also genau zehn Prozent. Laut Ministerium müssten es aber knapp 3350 Schüler sein. In den Pflichtschulen sind etwa 30.000 Schüler in 272 Schulen betroffen, was eine Recherche der angebotenen Betreuungsform schwierig macht.

Schenkt man der ministeriellen Erfassung Glauben, sind also rund 5100 Pflichtschüler in ganztägiger Betreu-

Auseinandersetzung mit dem Thema und dieselben Richtlinien der statistischen Erfassung über ganz Österreich hinweg. Nur so können wir über Verbesserungen der Situation diskutieren und Nägel mit Köpfen machen“, sagt Ouschan.

Im Unterrichtsministerium geht man von derzeit 119.000 betreuten Ganztagesplätzen in Österreich aus und will diese Zahl im nächsten Schuljahr auf 129.000 Schüler steigern. Geplant sind bis zum Jahr 2015 Investitionen von 160 Millionen. Bei einem Ziel von rund 140.000 Plätzen wären das für jeden Schüler rund 1100 Euro an Kosten.

Die Initiative an sich befürwortet Ouschan. Es sei allerdings zu prüfen, welche Form der Betreuung finanziert wird. „Uns ist es wichtig, dass die Mittel sinnvoll eingesetzt werden und nicht nur betreutes Mittagessen stattfindet. Es müssen Modelle mit verschränktem Unterricht angeboten werden, in denen sich Freizeitphasen mit Lernphasen abwechseln. Wir glauben, dass das auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steigern würde und Eltern dadurch massiv entlastet werden,“ so Gerhard Ouschan abschließend.

ung. Wobei diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind, weil auch hier der Verdacht besteht, dass nicht nur „echte Ganztagesangebote“ in die Statistik eingeflossen sind.

Ehrliche Diskussion

„Was wir brauchen, ist eine ehrliche



Niedrigqualifizierte

Fast 150 Teilnehmer aus den verschiedensten Wirtschaftsbereichen Vorarlbergs ließen sich die Fachtagung „Bessere Chancen für Niedrigqualifizierte. Beruflicher Erfolg trotz Lernschwäche?“ im Festsaal der AK Vorarlberg in Feldkirch nicht entgehen. Neben dem Hirnforscher Wulf Bertram und Volkswirtschaftler beziehungsweise Politologen Nils Beckmann setzte sich auch die Psychologin Maria-Christina Uhl als Referentin in Szene. Uhl sprang kurzfristig für Annette Berthold ein. Die Referate stehen auf dem Video-Channel der AK Vorarlberg zur Ansicht bereit.

i AK Video-Channel:
www.youtube.com/user/AKVorarlberg

Bei Eltern-Lehrergesprächen kann eine gezielte Vorbereitung wahre Wunder wirken

Eltern und Lehrer im guten Gespräch

Miteinander reden statt übereinander. Wenn Elternsprechtage in der Schule strukturiert ablaufen, können alle Beteiligten, nicht zuletzt das Kind, davon profitieren.

Jeder kennt es aus eigener Erfahrung, Elternsprechtage in der Schule gehen nicht selten zuhause in eine „Verlängerung“ und hinterlassen oft bei allen Beteiligten einen fahlen Nachgeschmack. Besonders dann, wenn sie sich an den Defiziten des Kindes orientieren und nicht nach festgelegten Regeln verlaufen.

Der Landeselternverband bietet in Kooperation mit der AK Vorarlberg ein Vorbereitungseminar für Lehrer-Elterngespräche an, in dem die richtige Vorbereitung und Gesprächsführung erläutert wird. Geleitet wird das Seminar vom Erwachsenenbildner und Kommunikationstrainer Stefan Huck.



Stefan Huck leitet das Seminar „Lehrer-Elterngespräch“.

Ressourcen optimal unterstützen
„Mit den Lehrer-Elterngesprächen wird eine gute Grundlage geschaffen, die schulischen Ressourcen des Kindes optimal von Elternhaus und Schule zu unterstützen“, erklärt der Seminarleiter Huck.

Schon mit wenigen Worten könne man eine positive Gesprächs Atmosphäre schaffen, sie aber leider auch genau

so schnell ruinieren. In diesem Seminar werden Eltern mit den wichtigsten Spielregeln einer wertschätzenden Gesprächskultur vertraut gemacht und auf den Austausch mit Lehrpersonen vorbereitet.

Teilnehmende Eltern erhalten Hinweise, wie auch schwierige beziehungsweise unangenehme Gesprächsthemen angemessen formuliert beziehungsweise angesprochen werden können und erhalten Gelegenheit, das neu Gelernte gleich praktisch anzuwenden.

Um das Miteinander im Interesse aller Beteiligten optimal zu gestalten, müssen gewisse Regeln der Kommunikation beachtet werden. „Ich will den Teilnehmern vermitteln, wie sie das Gespräch aktiv gestalten können, um so das Beste für ihr Kind zu erreichen“, führt Stefan Huck aus.

Seminar Lehrer-Elterngespräch

Inhalt: Vertrauen im Gespräch schaffen, Ziele verständlich formulieren, Konfliktgespräche angemessen angehen, korrektes Feedback, positive Gesprächsatmosphäre schaffen

Termin: 20. September 2013, von 14 bis 19 Uhr

Kosten: Mitglieder des Landeselternverbandes 20 Euro, Nichtmitglieder 40 Euro

Anmeldung und Info: Landeselternbüro, 05572/206767, Office@levv.at



Damit das Lehrer-Elterngespräch zuhause nicht in die Verlängerung geht, sollte man sich gut darauf vorbereiten. Davon profitieren alle Beteiligten.

Wissen fürs Leben: Noch zwei Termine

Im Mai stehen die letzten zwei Vorträge im Rahmen der Reihe „Wissen fürs Leben“ für das Frühjahr 2013 auf dem Programm. Die geheime Sprache der Bäume – Wie die Wissenschaft sie entschlüsselt, Ing. Dr. Erwin Thoma, 14. Mai 2013. Die Narzissmus-Falle – Anleitung zur Menschen- und Selbstkenntnis, Univ.-Prof. Dr. Reinhard Haller, 21. Mai 2013. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei, es wird aber um eine Anmeldung per Mail oder Telefon gebeten.

Anmeldung und Info: Gabi Pietsch-Veit, 050/258-4026, gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at

Höhere Strafen für Schulschwänzer fix

Schulschwänzen kann künftig mehr Probleme machen. Der Unterrichtsausschuss hat Mitte April eine entsprechende Gesetzesvorlage beschlossen. Konkret vorgesehen ist ein Fünf-Stufen-Plan zur Vermeidung von Schulpflichtverletzungen. Greifen sämtliche von Schule, Schulbehörde und Jugendwohlfahrt gesetzte Maßnahmen nicht, sieht die Regierungsvorlage eine Verwaltungsstrafe von bis zu 440 Euro vor.

Schulabbruch: Gute Zahlen für Österreich

Der Anteil der Schulabbrecherquote in der EU ist 2012 auf 12,8 Prozent zurückgegangen. In Österreich ging die Schulabbrecherquote von 2011 auf 2012 von 8,3 auf 7,6 Prozent zurück. Damit lag Österreich unter den sieben besten EU-Ländern.

AK-Präsident Hubert Hämmerle besucht Betriebe und Institutionen der verschiedensten Branchen



Hämmerle besuchte beim Arbeitnehmertag Bludesch die Tischlerei Pfefferkorn.



AK-Präsident Hämmerle mit dem Team der St. Anna-Hilfe Mariahilf in Bregenz.

Austausch mit Mitarbeitern und Betriebsräten

Regelmäßig besucht AK-Präsident Hubert Hämmerle Betriebe im ganzen Land, um sich mit Arbeitnehmern auszutauschen.

Im Rahmen des Arbeitnehmertages in Bludesch informierte sich Hämmerle in Begleitung von Bürgermeister Mi-

chael Tinkhauser bei Vögel Transporte und der Tischlerei Pfefferkorn über branchenspezifische Herausforderungen und Problemfelder.

Informative Gespräche führte er auch bei der St. Anna-Hilfe Mariahilf in Bregenz und in der Fachhochschule Vorarlberg in Dornbirn.



Hubert Hämmerle und GPA-djp-Regionalsekretär Marcel Gilly (links) mit dem Betriebsrat der Fachhochschule Vorarlberg in Dornbirn.



Besuch bei Vögel-Transporte mit Bürgermeister Michael Tinkhauser (rechts).

Buchtipp

Bedrückende Reise durch den Wandel der Zeit

Auf den Spuren des Jungen Tor Baz – des schwarzen Falken – führt Jamil Ahmad den Leser durch eine archaische Welt. Er erzählt aus der Grenzregion zwischen Pakistan, Afghanistan und Iran. Von berückenden Landschaften, von Stammesriten und dem Kampf ums Überleben, aber auch von Weisheit, Mitgefühl und Liebe. Das Schicksal von Tor Baz steht unter einem schlechten Stern. Seine Eltern haben die Stammesregeln verletzt, waren jahrelang auf der Flucht und werden schließlich doch von ihren Angehörigen aufgespürt und erbarmungslos gerichtet. Den Sohn lässt man allein in der Wüste zurück. Zwar überlebt Tor Baz, doch sein Leben entpuppt sich als einzige Odyssee. Mal steht er unter der Obhut eines Soldaten, dann ist er Begleiter und Lehrling eines wandernden Mullahs, schließlich Ersatzsohn eines Paares, dessen eigener Sohn auf zweifelhafte Weise zu Tode kam. Tor Baz erlebt Stammeszweiste und Mädchenhandel, er begegnet Rebellen und Militärs, aber auch ganz normalen Männern und Frauen, die alles geben würden, um ihre traditionelle Lebensweise zu bewahren. Die jedoch beginnt sich vor ihren eigenen Augen aufzulösen.

Ahmad Jamil
Der Weg des Falken



Hoffmann und Campe-Verlag
Hamburg, 192
Seiten, gebunden,
ISBN 978-3-455-40394-7, 19,99
Euro

Nähmaschinen und Motorräder für Togo

Das Alphabetisierungsprojekt im Rahmen der Hans-Klingler-Stiftung in Kouve/Togo entwickelt sich ausgezeichnet, braucht aber weiterhin finanzielle Unterstützung. Mit insgesamt 5000 Euro an Spenden ist es 2012 gelungen, vielen Menschen sprechen, lesen, schreiben und rechnen beizubringen. Die Menschen in Togo schaffen sich damit die Grundlage zum Überleben. Daneben werden auch heuer wieder vor allem Motorräder und Nähmaschinen gebraucht. Mit diesen Geräten können sich Frauen und Männer ihren Lebensunterhalt in dem afrikanischen Land erarbeiten. Spenden bitte an das Afrika-Konto der Hans-Klingler-Stiftung.

i Spenden an das Afrika-Konto der Hans-Klingler-Stiftung, Dornbirner Sparkasse, Kto.-Nr. 138529, BLZ 20602

Werbung für mehr Väter in Karenz

In Österreich gehen im Schnitt 4,4 Prozent der Väter in Karenz, in Vorarlberg sind es gerade einmal 1,9 Prozent. In absoluten Zahlen sind das 127 Männer. Das soll sich laut Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek so bald wie möglich ändern und darum tourt sie von einem Beratungstag zum nächsten durch ganz Österreich. In der AK Feldkirch zeigte Heinisch-Hosek zusammen mit AK-Präsident Hubert Hämmerle auf, dass an vielen Rädchen gedreht werden muss, damit sich beim Thema Väterkarenz etwas bewegt. Präsident Hämmerle erläuterte die umfangreichen Service-Angebote des AK-Büros für Familien- und Frauenfragen und berichtete über die neuen Kompetenzzentren für Wiedereinsteiger/innen, die es in den AK-Geschäftsstellen in Dornbirn und Feldkirch ab Frühjahr 2014 geben wird.



Ministerin Heinisch-Hosek und AK-Präsident Hämmerle beim Väterkarenz-Tag.



Über 900 Beschäftigte machten die Veranstaltung im Vinomnasaal zur größten öffentlichen Betriebsversammlung in Vorarlberg.

Betriebsversammlung sprengte Vinomnasaal

Gänsehautfeeling im Rankler Vinomnasaal, der aus allen Nähten zu platzen drohte: Die GPA-djp und die AK Vorarlberg riefen und über 900 Beschäftigte aus dem privaten Sozial- und Pflegedienst kamen und untermauerten ihre Forderung nach fairen Gehältern.

So etwas hat es in Vorarlberg bisher nicht gegeben. Im Rahmen einer öffentlichen Betriebsversammlung kamen über 900 Beschäftigte aus dem privaten Sozial- und Pflegedienst zusammen und sie hatten eine klare Forderung im Gepäck: Eine Gehaltsreform und faire Gehälter bis 1. Juli 2013. Sonst folgen weitere gewerkschaftliche Maßnahmen. Bei der Betriebsversammlung betonten Betriebsräte sowie Vertreter von GPA-djp und der AK Vorarlberg die Bedeutung von Solidarität, schlussendlich wurde auch eine Resolution an den Arbeitgeberverband einstimmig verabschiedet.

Wie GPA-djp-Regionalgeschäftsführer und AK-Vizepräsident Bernhard Heinzle der AKtion mitteilte, zeigte die Veranstaltung bereits Wirkung: So gibt es am 17. Mai einen ersten Verhandlungstermin mit dem AGV, bis Ende Mai sollen erste Ergebnisse auf dem Tisch liegen.



In Rankweil mit dabei: GPA-djp-Obmann-Stv. Werner Posch, GPA-djp-Obmann Willi Oss und AK-Präsident Hubert Hämmerle.



Die Forderung nach fairen Gehältern im privaten Sozial- und Pflegebereich traf auf offene Ohren – immer wieder brandete tosender Beifall auf.

Sicherheitstipp

Grundsätze zur Arbeitszeit



Elisabeth Martin
05574/78601-0

Seit einigen Jahren häufen sich in den diversen Medien die Berichte über Burnout-Erkrankungen und dessen Ursachen. Das Wissen um psychische Belastungen durch arbeitsbedingten Stress ist in Österreich gestiegen. In vielen Betrieben ist es Usus, dass die Arbeitnehmer über das vereinbarte Stundenkontingent hinaus Tätigkeiten verrichten. Dabei sind die Arbeitszeiten und Pausen durch das Arbeitszeitgesetz – einer wichtigen Rechtsquelle des Arbeitnehmerschutzes in Österreich – genauestens geregelt. Die Einhaltung dieses Bundesgesetzes kontrolliert in Vorarlberg das Arbeitsinspektorat für den 15. Aufsichtsbezirk mit Sitz in Bregenz. Die Arbeitsinspektion engagiert sich stark dafür, dass es zu menschenwürdigen Arbeitszeiten kommt und somit auch psychosoziale Belastungen reduziert werden.

Wesentliche Regelungen im Arbeitszeitgesetz:

- Die Normalarbeitszeit beträgt 8 Stunden pro Tag beziehungsweise 40 Stunden pro Woche. Sie variiert je nach Kollektivvertrag.
- Die Höchstarbeitszeit beträgt generell 10 Stunden pro Tag oder 50 Stunden pro Woche (Wochenarbeitszeit: Montag von 00:00 Uhr bis Sonntag 24:00 Uhr).
- Bei der 4-Tagewoche sind maximal 12 Stunden pro Tag oder 50 Stunden pro Woche (mittels Betriebsvereinbarung oder Einzelvereinbarung und arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeitsfeststellung) vorgesehen.
- Überstunden bei besonderem Arbeitsbedarf: 12 Stunden pro Tag (mittels Betriebsvereinbarung oder Einzelvereinbarung und arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeitsfeststellung) oder 60 Stunden pro Woche (24 Wochen pro Jahr).
- Nach 6 Arbeitsstunden stehen dem Arbeitnehmer Ruhepausen von 30 Minuten zu.
- Aufzeichnungspflicht: Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit muss dokumentiert werden. Dienstpläne entsprechen nicht den gesetzlichen Anforderungen. Aufgezeichnet werden Arbeitsbeginn und -ende inklusive Pausen. Grundsätzlich muss der Arbeitgeber aufzeichnen oder nach Vereinbarung der Arbeitnehmer.

Arbeitsinspektion Bregenz
www.arbeitsinspektion.gv.at

Meine Meinung zum Thema

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Name / Adresse

Postgebühr zahlt Empfänger

An die
AK Vorarlberg
Redaktion AKtion
Widnau 2-4
6800 Feldkirch

Ihre Zuschriften werden belohnt

Ihre Meinung, bitte!

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert.

Die Rubrik „Leserforum“ auf Seite 2 steht ganz im Zeichen Ihrer Meinung und Anregungen. Schreiben Sie uns zu einem der Themenbereiche Arbeit, Bildung und Konsumenten-

Gewinnen Sie ein Abo der „Ländle Gemüsebox“!



schutz einen Leserbrief und gewinnen Sie mit etwas Glück ein zehnwöchiges Abo der „Ländle Gemüsebox“. Das Porto übernehmen wir, wenn Sie den Kupon links verwenden. Sie können uns aber auch eine E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at senden. Bitte beachten Sie: Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Der Absender muss zumindest der Redaktion bekannt sein.

Hier einige Themen aus dieser Ausgabe der AKtion, zu denen uns Ihre Meinung besonders interessiert: Der erfolgreiche Weg zurück ins Arbeitsleben (Seite 3), das „Bildungskonto Neu“ für junge Arbeitnehmer (Seite 4), die Überwachung am Arbeitsplatz (Seite 5), leistbares Wohnen (Seiten 6 und 7), die Moggelpackungen (Seite 9) sowie das Betreuungsangebot in Pflichtschulen und AHS-Unterstufen (Seite 10).